

DSW Jahresbericht 2003

DSW 

Deutsche Schulzvereinigung
für Wertpapierbesitz e.V.

Inhaltsverzeichnis

Anlegerschutz 2003 – eine Bilanz	3
Rede des DSW-Hauptgeschäftsführers Ulrich Hocker auf der Mitgliederversammlung am 4.11.2003	
Laufende Abfindungsverfahren	10
Abweichendes Stimmverhalten 2003	11
Die Börse im Fokus	14
Auszüge aus der Rede des DSW-Präsidenten Roland Oetker auf der Mitgliederversammlung am 4.11.2003	
Beratungstätigkeit 2003	18
Neuer DSW-Internetauftritt	19
Weitere Aktivitäten	20
Die DSW im Spiegel der Presse	23
Ein Jahr mit vielen Fragezeichen	27
Dr. Christian Fälschle, Chefredakteur der Zeitschrift WERTPAPIER	
Die DSW informiert in der Zeitschrift WERTPAPIER	28
Aufsichtsratsmandate per 31.12.2003	34
Weitere Mitgliedschaften	34
Präsidium	35
Kuratorium	35
Zentrale	37
Landesverbände/Landesgeschäftsführungen	37
Impressum	39

Anlegerschutz 2003 – eine Bilanz

Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zur diesjährigen Mitgliederversammlung der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz hier im Düsseldorfer Industrieclub.

Auch wenn das Jahr 2003 noch nicht gänzlich abgeschlossen ist, so möchte ich mit Ihnen einen Blick über die Schulter auf die vorangegangenen 10 Monate werfen. Häufig ähneln sich die Aspekte unserer Tätigkeit, über die ich Ihnen an dieser Stelle berichte. Doch das Jahr 2003 wurde geprägt von zwei außerordentlichen Aktivitäten unseres Hauses.

Man muss leider sagen, bereits seit Jahren beschäftigt uns als Anlegerschutzorganisation das Schicksal der Aktionäre, die in Papiere der Deutschen Telekom AG investiert haben. Wer im dritten Börsengang des Bonner Unternehmens im Frühjahr 2000 Aktien zeichnete, musste 63,50 Euro je T-Aktie bezahlen. Damit wurden über 15 Milliarden Euro in die Kasse des Bundes gespült. Da es mit dem Kurs im Anschluss kontinuierlich bergab ging, bestand nie die Chance, mit Gewinn zu verkaufen.

Daher klammerten sich viele an die Hoffnung auf möglichen Schadenersatz im Rahmen einer Prospekthaftungsklage. Und dies nicht ohne Grund. Schließlich ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft bereits seit dem Frühjahr 2000 gegen führende Mitarbeiter der Telekom. Ein gravierendes Problem bestand jedoch: Am 26. Mai dieses Jahres lief die dreijährige Verjährungsfrist ab. Die DSW hat stets darauf hingewiesen, dass ohne neue Erkenntnisse, die nur von der Staatsanwaltschaft kommen können, eine Klage mit einem extrem hohen Risiko verbunden wäre. Deshalb haben wir uns auf die Suche nach einem alternativen Weg gemacht.

Gefunden haben wir ihn in der Möglichkeit, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten, und zwar bei der Öffentlichen Rechtsauskunfts- und Vergleichsstelle in Hamburg (ÖRA). Dieser Weg hat einen klaren Vorteil: Die Verjährungsfrist wird um die Dauer des eigentlichen Schiedsverfahrens plus weitere sechs Monate verlängert. Nach Angaben der ÖRA sind über 10 000 T-Aktionäre dieser Empfehlung gefolgt und haben einen solchen Antrag gestellt.

Erst in diesen Tagen werden die Gebührenrechnungen der ÖRA an die Antragsteller versandt. Mit einem Gütetermin ist somit frühestens Mitte November zu rechnen. Wenn es bei diesem Gütetermin zu keiner Einigung kommt, haben die T-Aktionäre nochmals sechs Monate Zeit gewonnen, um weitere Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft abzuwarten und hierauf aufbauend zu entscheiden, ob sie den Klageweg beschreiten. Dies ist wichtig angesichts der Tatsache, dass die Bonner Staatsanwaltschaft mittlerweile Teile des Verfahrens eingestellt hat. So wurde eine Falschdarstellung des technischen Anlagevermögens ebenso verneint, wie der Vorwurf, der Bonner Konzern habe im Verkaufsprospekt zum dritten Börsengang seine wirtschaftliche und finanzielle Situation unzutreffend dargestellt und auf Risiken aus dem Kauf des britischen Mobilfunkers One2One nicht hingewiesen.

Aus Sicht der DSW waren diese Teileinstellungen nur wenig überraschend. Entscheidend ist, dass die Untersuchungen zur Kernfrage einer möglichen Überbewertung von Immobilien weiter andauern. Mit einem Ende dieser Ermittlungen ist nicht vor Ende 2003 zu rechnen. Damit konnten wir den betroffenen Anlegern einen wichtigen Zeitvorteil verschaffen und sie vor dem Damoklesschwert der drohenden Verjährung retten. Zu hoffen bleibt, dass die Staatsanwaltschaft die verbleibende Zeit zur Veröffentlichung weiterführender Erkenntnisse nutzt.



Ulrich Hocker

Das ÖRA-Schlichtungsverfahren für Telekom-Aktionäre

Argentinien-Anleihen

Doch nun zum zweiten Themenkomplex, der uns in 2003 intensiv beschäftigt hat:

Wie ich Ihnen bereits im vergangenen Jahr berichten konnte, hat die DSW eine Arbeitsgemeinschaft für die Inhaber notleidender argentinischer Staatsanleihen (die DSW-AAA) gegründet. Ende 2001 erklärte Argentinien seine Zahlungsunfähigkeit und bedient somit seit fast zwei Jahren weder Zins- noch Tilgungszahlungen. Wir haben den Aktionsradius für die hiervon betroffenen Anleger maßgeblich erweitert. Mitte des Jahres hat die DSW gemeinsam mit führenden europäischen Banken unter der Leitung der HypoVereinsbank eine Initiative für die privaten Inhaber von Argentinien-Anleihen gestartet.

Die Interessen der Anleger werden hierbei in einer Gesellschaft zusammengeführt, die sich aktiv an den Umschuldungsverhandlungen mit Argentinien beteiligen wird, die „Argentine Bond Restructuring Agency PLC“ (ABRA). Im Auftrag der ABRA wird ein Verhandlungsteam unter Leitung von Adam Lerrick, als Wirtschaftsprofessor ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Staatsverschuldung und Berater des amerikanischen Kongresses, die Gespräche mit Argentinien führen. Wir haben als Mitglied des Internationalen Advisory Boards – welches vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Herrn Dr. Tietmeyer geleitet wird – die Möglichkeit, den Stand dieser Verhandlungen zeitnah zu verfolgen.

Hinter ABRA stehen bereits heute mehr als 1,2 Milliarden US-Dollar an Anleihevolumen. Ihr zentrales Ziel ist es, den Privatanlegern in diesem Prozess eine unüberhörbare Stimme zu geben und insbesondere Chancengleichheit gegenüber institutionellen Investoren zu schaffen. Rückenwind hierfür gibt es auch aus Berlin. Das Bundesfinanzministerium wird sich gegenüber der argentinischen Regierung ebenfalls weiter für die Gleichbehandlung aller privaten Anleihegläubiger einsetzen, wie uns Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser kürzlich in einem Schreiben versicherte.

Inakzeptabler Vorschlag aus Buenos Aires

Was die argentinische Regierung bislang den Anlegern präsentierte, ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Konkret werden folgende mögliche Ausgestaltungen für die im Austausch zu begebenden Anleihen genannt: Entweder, die Anleger erhalten den vollen Nennwert und akzeptieren dafür eine Verzinsung zwischen 0,5 und 1,5 Prozent bei einer Laufzeit von 20 bis 42 Jahren. Oder sie verzichten auf 75 Prozent des Nennwerts und erhalten einen Zinssatz, der in Schritten von 0,5 Prozentpunkten pro Jahr von 1 Prozent auf maximal 5 Prozent angehoben wird. Laufzeit hierbei: Zwischen 8 und 32 Jahren. Dritte Möglichkeit: Die Anleger verzichten auf 30 Prozent des Nennwerts und erhalten bei Laufzeiten von 20 bis 42 Jahren 1 bis 2 Prozent Zinsen.

Allen drei Vorschlägen gemeinsam ist, dass auf die seit dem Zahlungsausfall aufgelaufenen Zinsen verzichtet werden muss. Damit müssten die Anleger effektiv auf 90 bis 96 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Dies entspricht einer Zahlungsmoral, die selbst die ärmsten Länder dieser Welt bislang nicht an den Tag gelegt haben.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem zentralen Versprechen, das Argentinien weiterhin offiziell aufrecht hält: die Gleichbehandlung aller Obligationäre. Wieviel ist hiervon zu halten?

Ein Blick in die Anleihebedingungen zeigt, dass es eine legale Basis für eine mögliche Ungleichbehandlung gibt. Denn dem Kleingedruckten zu Folge kann das Land ein öffentliches Angebot an alle Investoren machen, oder eine individuelle Übereinkunft treffen. Und bereits die in Dubai vorgelegte Offerte basiert auf einer ungleichen Behandlung.

Der Großteil der Staatsschuld, der umstrukturiert werden soll, befindet sich vorwiegend in den Händen ausländischer Investoren. Die einheimischen Gläubiger wollen Argentinien voll bedienen. Auch die „Rasenmäher-Funktion“ der jetzt auf den Tisch gelegten Konditionen, die den Barwert jeder einzelnen der über 100 Anleihen nicht berücksichtigt, widerspricht klar einer Gleichbehandlung.

Und dann gibt es schließlich noch das Gerichtsurteil, das die Dart-Gruppe, ein umstrittener Vulture(Geier)-Fonds, in den USA erwirkt hat. Dem Verfahrensprotokoll ist die Aussage des juristischen Vertreters Argentiniens zu entnehmen, dass man mit einem Investor dieser Größenordnung (600 Millionen US-Dollar) notwendigerweise eine verhandelte Lösung anstrebt. Damit schließt sich der Kreis zu den Anleihebedingungen.

Erst am Ende der Verhandlungen wird man leider genau wissen, ob das argentinische Versprechen nicht nur eine leere aber wohlklingende Worthülse war. Argentinien musste jedoch bereits einsehen, dass sein Eröffnungsangebot weltweit auf rigorose Ablehnung stößt, und hat Nachbesserung angekündigt. Ich hoffe, Ihnen im nächsten Jahr über einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen berichten zu können.

Das Highlight der diesjährigen Saison war die Hauptversammlung der Lufthansa AG. Auf Antrag der DSW verweigerten die Aktionäre dem Lufthansa Aufsichtsratsmitglied und Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, die Entlastung. Damit wurde erstmals in einer deutschen Publikumsgesellschaft ein Vertreter der Arbeitnehmerseite nicht entlastet. Bsirske hatte Ende 2002 der Lufthansa durch die Organisation eines Streiks an den Flughäfen Frankfurt und München einen Verlust in Millionenhöhe beschert. Das Ärgerliche: Die Nichtentlastung hatte keinerlei Folgen für den Verdi-Chef. Er wurde in der konstituierenden Sitzung des Kontrollgremiums mit den Stimmen der Arbeitnehmer wieder gewählt und blieb stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Hier besteht Handlungsbedarf. Die Nichtentlastung eines Aufsichtsratsmitgliedes muss zukünftig eine klare Rechtsfolge haben.

Der schnellste Weg zur Durchsetzung dieser Forderung ist sicher der Weg über den Corporate Governance Kodex. Die Rechtswirkung könnte als Empfehlung in den Kodex aufgenommen werden. Unternehmen, die dagegen verstoßen, wären gezwungen, dies in ihrer Entsprechenserklärung zu begründen. Wenn das nicht ausreichen sollte, ist auch eine gesetzliche Lösung vorstellbar.

Wie ein roter Faden zogen sich folgende Themen durch die HV-Saison 2003. Zum einen die Frage nach der Managementvergütung. Entscheidend ist hier das jeweils gewählte Modell. Die Gehälter können sich durchaus am hohen zeitlichen Aufwand und der großen Verantwortung der Vorstände orientieren. Sie müssen aber auch die Entwicklung des Unternehmens berücksichtigen. Steigende Gehälter bei sinkenden Gewinnen sollten ausgeschlossen sein. Die DSW hält hier einen variablen Anteil von mindestens 60 Prozent für empfehlenswert. Als Kennzahl für den erfolgsabhängigen Teil ist die Dividende jedoch kein geeigneter Gradmesser. Stattdessen befürworten wir eine starke Kopplung an das erwirtschaftete Ergebnis des Unternehmens.

Dringender Nachholbedarf besteht auf dem Gebiet der Transparenz. Hier ist in diesem Jahr ein entscheidender Schritt gelungen. Der Corporate Governance Kodex hat die Veröffentlichung der individualisierten Vorstandsgehälter zur Empfehlung gemacht. Unternehmen, die auf die geforderte Transparenz verzichten, müssen das in ihrer Entsprechens-

Hauptversammlungs- Saison 2003

Managergehälter müssen transparenter werden

Das Jahr der Aufsichtsratswahlen

erklärung begründen. Dies wird schon nächstes Jahr deutlich mehr Offenheit bei der Vorstandsvergütung bringen. Weitgehende Intransparenz herrscht leider nach wie vor bei den nicht unerheblichen Pensionszahlungen an die Vorstände.

Dieses Jahr war auch eine Saison der Aufsichtsratswahlen. Entsprechend häufig war zu beobachten, wie Vorstandschefs ohne Umweg auf den Sessel des Aufsichtsratsvorsitzenden ihrer Gesellschaft wechselten. Die Krönung eines Lebens als Vorstandschef kann aber nicht automatisch der Vorsitz im Aufsichtsrat sein. Es macht allerdings auch keinen Sinn, Leute mit soviel Know-how zwangsweise aus den Unternehmen zu drängen. Dies gilt umso mehr, als die Zahl der geeigneten Kandidaten nicht allzu groß ist. Hier wäre es daher sinnvoll, den Corporate Governance Kodex um eine Empfehlung zu ergänzen, die sich mit diesem Sachverhalt befasst. Ziel muss es sein, dass der direkte Wechsel eine vom Unternehmen zu begründende Ausnahme wird. Eine Automatik darf es nicht geben.

Der Hauptversammlungskalender stand in diesem wie im letzten Jahr ganz im Zeichen des sog. Squeeze-out. Bei diesem Verfahren können Minderheitsaktionäre auch gegen ihren Willen gegen Zahlung einer Barabfindung aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Seit Inkrafttreten dieser Neuregelung hat sich der Kurszettel hierdurch um rund 170 Gesellschaften gelichtet.

Die Schutzvereinigung hat im Anschluß an jede Squeeze-out-Hauptversammlung geprüft, welche Rechtsschutzmöglichkeiten für den Streubesitz bestehen. Von dem Trend, die jeweiligen Squeeze-out-Beschlüsse anzufechten, haben wir uns jedoch nicht anstecken lassen. Von Anfang an waren wir der Auffassung, daß der Zwangsausschluß (geregelt in §§ 327 a – f AktG) gemessen an den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts in der MotoMeter-Entscheidung verfassungsgemäß ist.

Spruchverfahren als Königsweg bei Squeeze-Out

Wir haben bei einer Vielzahl von Gesellschaften das sog. Spruchverfahren eingeleitet. Dieses läuft im Hintergrund ab und behindert damit nicht den Vollzug der Zwangsabfindung. Die Aktionäre erhalten zunächst die ursprünglich vorgesehene Barabfindung. Stellt das Gericht fest, daß diese zu niedrig war, erhalten alle herausgedrängten Aktionäre einen Nachschlag nebst Zinsen. Zu der langen Verfahrensliste aus den vergangenen Jahren sind in 2003 unter anderem die Verfahren E.ON Bayern, Sappi Ehingen, Hermes Kreditversicherung, Edscha, Citicorp Deutschland, HVB Real Estate und Aditron hinzugekommen.

In begründeten Fällen haben wir selbstverständlich auch Squeeze-out-Beschlüsse angefochten. So etwa im Fall der Philipps-Tochter PKV. Hierbei ging es um die Frage, ob die Gesellschaft in der Squeeze-out-Hauptversammlung Anfang 2002 auch den Geschäftsbericht des Jahres 2001 hätte vorlegen müssen. Die PKV hat sich damit verteidigt, dass dieser zum Zeitpunkt der Hauptversammlung noch nicht fertiggestellt gewesen sei. Hätte die Gesellschaft Recht, könnte jeder Hauptaktionär durch eine geschickte Terminansetzung der Hauptversammlung dafür sorgen, dass den freien Aktionären nur solche Geschäftsberichte vorzulegen sind, die im Zeitpunkt der Versammlung mindestens ein Jahr alt sind. Diese ermöglichen jedoch keine kritische Überprüfung der angemessenen Barabfindung. Das Verfahren befindet sich mittlerweile beim Bundesgerichtshof, nachdem das Landgericht Hamburg für und das OLG Hamburg im Ergebnis gegen uns entschieden hatten.

Große Aufmerksamkeit hat auch unser Delisting-Verfahren Ingram Macrotron gefunden. Im Mai 1999 hatte sich die Gesellschaft von der Hauptversammlung genehmigen lassen, bei den Wertpapierbörsen in Frankfurt und München einen Antrag auf Widerruf der Zulassung zur amtlichen Notierung der Aktien zu stellen (sog. Delisting). Die beiden Wertpapierbörsen haben später den Delisting-Anträgen von Macrotron entsprochen. Danach war die Aktie nicht mehr börsennotiert.

Umstritten war, ob Aktionäre, die von einem Delisting betroffen sind – ihre Aktien werden somit nicht mehr börsentäglich bewertet und können nur unter Einschränkungen veräußert werden – Rechtsschutz auf der gesellschaftsrechtlichen oder der kapitalmarktrechtlichen Ebene suchen müssen. Wir haben entschieden, zweigleisig zu fahren und sowohl eine aktienrechtliche Anfechtungsklage gegen den Zustimmungsbeschluß der Hauptversammlung zu erheben, als auch das börsenrechtliche Widerspruchs- bzw. Anfechtungsverfahren einzuleiten. Beide Verfahren wurden in der Folgezeit durch alle Instanzen durchgeföhrt.

Der Bundesgerichtshof hat uns nun in einem entscheidenden Punkt Recht gegeben: Ein Delisting muss mit einem öffentlichen Kaufangebot der Gesellschaft bzw. ihres Großaktionärs verbunden sein, dessen Konditionen im Rahmen eines (analogen) Spruchverfahrens überprüft werden können. Deshalb hat der BGH diesen Rechtsstreit an das LG München I zurückverwiesen. Dort läuft nunmehr ein Spruchverfahren zu der Frage, ob das damalige Kaufangebot in Höhe von 1057 DM für die Stammaktien und 820 DM für die Vorzugsaktien erhöht werden muß.

Durch die Macrotron-Entscheidung hat der Bundesgerichtshof nicht nur den Anlegerschutz gestärkt, sondern auch das Spruchverfahren als die geeignete Verfahrensart bei Auseinandersetzungen über vermögensmäßige Kompensationen für Minderheitsaktionäre hervorgehoben.

Die Beratungsleistung für unsere Mitglieder ist verglichen mit den Vorjahren weiter deutlich gestiegen. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass sich die Verjährungsfrist von drei Jahren für viele, die sich erst im letzten Boomjahr für die Börse entschieden haben, nun dem Ende neigt. Ebenfalls sehr großen Beratungsbedarf hatten und haben all jene Anleger, die sich im Rahmen der beiden genannten Aktionen zum Telekom-Schlichtungsverfahren und in Sachen Argentinien-Anleihen an uns gewandt haben. Rund 25 000 Anrufe bis Ende Oktober sprechen Bände. Letztes Jahr waren es insgesamt knapp über 20 000. An dieser Stelle darf ich noch erwähnen, dass durch unsere Telekom-Aktivitäten alleine rund 2600 neue Mitglieder für die DSW gewonnen werden konnten.

Die Zahl der Beratungen, die der Schriftform bedurften, lag im vergangenen Jahr bei rund 2600. Für dieses Jahr rechnen wir mit mindestens 2900 Fällen, die insbesondere von den Rechtsanwälten in der Düsseldorfer Zentrale bearbeitet werden. Hierbei handelt es sich weiterhin überwiegend um die Geldentmachung von Ersatzansprüchen aus fehlerhafter Anlageberatung, sowie die Bewertung von Prospekthaftungsansprüchen. Vermehrt treten gebührenrechtliche Fragen auf, insbesondere Streitfälle um die kostenlose Übertragung von Gesamtdedots.

Neben der Beratung und Interessenvertretung, mit dem Ziel des Ausgleichs erlittener Vermögensschäden, richten sich auch immer mehr DSW-Mitglieder bereits im Vorfeld an die Rechtsanwälte der Schutzvereinigung. So ließ sich in vielen Fällen, zum Beispiel durch

Das Macrotron Verfahren – eine Erfolgsgeschichte

Beratungstätigkeit für Mitglieder nimmt weiter zu

Veranstaltungsbereich wurde weiter ausgebaut

eine eingehende Prüfung von Verkaufsprospekten eine Vermögensgefährdung oder gar ein Vermögensschaden unserer Mitglieder vermeiden. Noch intensiver als in den Vorjahren konnten wir den Weg über das sogenannte Ombudsmannverfahren beschreiten, das bereits in diesem Jahr in rund 100 Fällen für unsere Mitglieder eingeleitet wurde.

Langjährige Tradition ist für die DSW die Förderung der Aktienkultur und die dafür notwendige Verbreiterung des Wissens in der Bevölkerung über die Geldanlage in Aktien. Wie wichtig ein aufgeklärter Anleger ist, wurde in den vergangenen Jahren mehr als deutlich und wird nicht nur von uns unterstrichen. Entsprechend haben wir unseren Veranstaltungskanon für interessierte Anleger ausgebaut. Bis Jahresende werden wir insgesamt 20 Aktienseminare gemeinsam mit Banken und Sparkassen durchgeführt haben. Auf diesen Veranstaltungen präsentieren Vorstände und Investor Relations Manager von zwei bis drei Aktiengesellschaften ihre Unternehmen. Neu hinzugekommen sind Seminare, die wir mit den Regionalbörsen in Stuttgart, Düsseldorf, Frankfurt, Berlin und Hannover realisieren konnten. Interessierte Anleger haben hierbei die Chance, direkt mit den Entscheidungsträgern der Unternehmen zu diskutieren und sich ein eigenes Bild zu machen.

Ebenfalls zu diesem Bereich zählen Round Table Gespräche sowie sonstige Vortragsveranstaltungen, die wir aufgrund der großen Nachfrage wieder verstärkt unseren Mitgliedern angeboten haben. Hierfür konnten wir neben der Schweizer Vontobel Bank sowie Trinkaus & Burkhardt in diesem Jahr auch die ING-BHF-Bank gewinnen. Des weiteren waren wir auf Anlegertagen und Messen verschiedener Banken und Sparkassen präsent.

Politische Arbeit auch 2003 erfolgreich

Beenden möchte ich meinen Vortrag mit der politischen Arbeit der Schutzvereinigung. Mit dem Gesetzgeber stehen wir auf diesem Gebiet im intensiven Dialog. Hier ist eine Reihe von Änderungen geplant, die für Privatanleger von großer Bedeutung sind. Ich nenne nur das Investment-Modernisierungsgesetz, das bereits Anfang 2004 geltendes Recht sein soll, oder den 10-Punkte-Plan zur Verbesserung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes in Deutschland.

Was das Investment-Modernisierungsgesetz angeht, haben wir ein Ziel bereits erreicht: Privatanleger erhalten die Möglichkeit, in Einzel-Hedgefonds zu investieren. Die wenig sinnvolle Begrenzung auf Dachfonds dürfte damit ad acta gelegt sein. Was uns noch fehlt ist eine intensivere Aufklärungspflicht. Denn das Gesetz sieht keine erweiterten Informationspflichten für Finanzdienstleister oder Emittenten der Fonds vor. Hier muss zumindest der gleiche Maßstab gelten wie bei Finanztermingeschäften.

Angesichts der intensiven öffentlichen Diskussion um die Hedgefonds ist der groß angekündigte „10-Punkte-Plan“ der Regierung etwas in Vergessenheit geraten. Leider. Schließlich stecken in diesem Plan einige Ideen, die bei richtiger Umsetzung den Anlegerschutz in Deutschland ein ganzes Stück nach vorne bringen könnten.

An erster Stelle zu nennen ist die erweiterte Haftung von Vorständen. Bisher können private Aktionäre Schadenersatzansprüche nur dann erfolgreich durchsetzen, wenn sie den Vorständen vorsätzliches Handeln nachweisen. Ein fast unmögliches Unterfangen. Schließlich wird kaum ein Vorstand sich vor Zeugen zu der Aussage hinreißen lassen, er wolle die Anteilseigner seiner Gesellschaft um ihr Geld bringen. Geplant ist seitens der

Bundesregierung, einen weiterführenden Vorschlag für die Haftung von Organmitgliedern bei vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Falschinformation vorzulegen. Diese soll sich zunächst auf Ad-hoc-Mitteilungen erstrecken und somit eine Verbesserung der Qualität und Verlässlichkeit dieser Mitteilungen für die Anleger erzielen. Darüber hinaus wird diskutiert, inwiefern die Haftung von Organmitgliedern auf sonstige Publikationen (etwa Jahresberichte oder Zwischenberichte) oder Vorträge und Interviews ausgedehnt werden soll.

Ein weiteres Ärgernis für die Aktionäre soll ebenfalls bald der Vergangenheit angehören. Der Regierungsvorschlag sieht die Einführung eines Musterprozessverfahrens vor. Anleger hätten damit die Möglichkeit, sich zusammenzuschließen und einen Fall als exemplarische Musterklage vor Gericht zu bringen. Das dann gefällte Urteil gilt für alle Beteiligten. Der Clou dabei: Aufgrund des niedrigeren Streitwerts sinken die Kosten deutlich und die Verjährungsfrist wird für die Beteiligten ausgesetzt. Nach heutigem Recht stoppt die Verjährung nur für diejenigen, die selbst klagen. Die Verjährungsfrist sollte darüber hinaus grundsätzlich ausgesetzt werden, wenn gegen Organe eines Unternehmens strafrechtlich ermittelt wird. Der Vorteil einer solchen Regelung: Die gewonnenen Erkenntnisse könnten auch zivilrechtlich genutzt werden.

Ein abschließender Kommentar noch zur Abgeltungssteuer:

Nach wie vor ist hierbei nur eines sicher: Wir wissen, dass wir wenig wissen. Klar scheint zu sein, dass eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge kommen soll. Schon bei der Höhe des Steuersatzes besteht jedoch große Unsicherheit. Am wahrscheinlichsten scheint ein Satz zwischen 25 und 30 Prozent zu sein. Besonders ärgerlich ist aus unserer Sicht, dass immer wieder die Abschaffung der Spekulationsfrist in diesem Zusammenhang diskutiert wird. Damit wären Gewinne aus Aktienverkäufen nicht mehr nach einem Jahr steuerfrei. Das wäre das völlig falsche Signal. Erst wird den Menschen die Aktienanlage als gute Altersvorsorge nahe gebracht, dann wird ihnen ihr Ertrag wieder weggesteuert. Einen nennenswerten Beitrag zum Bundeshaushalt würde eine solche Steuer ohnehin kaum bringen. Auch wenn einige Anleger in den letzten Monaten gute Gewinne gemacht haben: Viele sitzen nach wie vor auf großen, noch nicht realisierten Verlusten, die steuerlich gegen die Gewinne gerechnet werden können.

Meiner Meinung nach sollte die Regierung das Bild vom reichen Aktionär, der sein Geld auf Kosten der Arbeitnehmer verdient, endlich in die sozialistische Mottenkiste werfen. Die Wahrheit ist eine andere: Mehr als 1,4 Millionen der rund 4,9 Millionen Aktionäre in Deutschland sind Belegschaftsaktionäre, deren Anteilsscheine mit Sperrfristen von bis zu 5 Jahren versehen sind. Die SPD würde mit der Entscheidung, die Spekulationsfrist abzuschaffen, vor allem die eigene Wählerklientel treffen.

Trotz der vielen noch offenen Fragen ist jedoch eines unbestritten: Auch wenn die DSW nun schon seit 55 Jahren aktiv ist, wird uns die Arbeit wohl auch in den kommenden Jahren nicht ausgehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Musterklage wird kommen

Spekulationsfrist sollte beibehalten werden

Laufende Abfindungsverfahren

Jahr	Unternehmen	Gericht
1989	Dahlbusch	LG Dortmund
1990	DeTeWe	KG Berlin
1992	Feldmühle Nobel	LG Düsseldorf
	Bayer. Brauerei Schuck-Jaenisch	OLG Zweibrücken
	Deutscher Eisenhandel	LG Berlin
1993	Citibank	LG Düsseldorf
	Königsbacher Brauerei	LG Koblenz
	Hannover Papier	LG Hannover
1994	KHS	LG Düsseldorf
	Nordstern	OLG Düsseldorf
1995	Bau-Verein zu Hamburg	Hans.OLG Hamburg
	Reginaris	LG Koblenz
1996	Deutsche SB-Kauf	LG Frankfurt
	Westfalia Separator	LG Dortmund
	Haake-Beck	LG Bremen
1997	Rheinelektra/Lahmeyer	OLG Karlsruhe
	EVA	OLG Düsseldorf
	Oelmühle Hamburg	LG Hamburg
	PWA	LG München I
	Aachener u. Münch. Leben	LG Düsseldorf
	Aachener u. Münch. Konzernrück	LG Düsseldorf
	Aachener u. Münch. Versicherung	LG Düsseldorf
	Volksfürsorge	LG Hamburg
	Linotype/Heideldruck	LG Frankfurt
	Rabobank	LG Frankfurt
1998	AKZO Nobel Faser	LG Düsseldorf
1999	Honsel	LG Dortmund
	GEA	LG Dortmund
	Thyssen Industrie	LG Dortmund
	Thyssen/Krupp	LG Düsseldorf
	Lahmeyer/RWE	LG Frankfurt
	Stixi	LG Hannover
	Schumag	LG Köln
	Friatec	LG Mannheim
	Isar-Amper Werke	LG München I
	Wüstenrot/Württ.	LG Stuttgart

Jahr	Unternehmen	Gericht
2000	Heilit & Wörner	LG München I
	Brüggener	LG Düsseldorf
2001	Kennametal Hertel	LG Nürnberg-Fürth
	Otavi-Minen	LG Frankfurt/Main
	Nürnberger Hypo	LG Nürnberg-Fürth
	Mannesmann	LG Düsseldorf
2002	VTG Lehnkering	LG Hamburg
	Pirelli	LG Frankfurt
	Kempinski	LG Berlin
	ING-BHF Bank	LG Frankfurt
	Vodafone	LG Düsseldorf
	Scor Deutschland	LG Hannover
	CAA	LG Stuttgart
	Bay. Immobilien	LG München I
	Monachia	LG München I
	Jobpilot	LG Frankfurt
2003	E.ON Bayern	LG München I
	Sappi Ehingen	LG Stuttgart
	Hermes Kreditversicherung	LG Hamburg
	Edscha	LG Düsseldorf
	Citicorp Deutschland	LG Düsseldorf
	VTG Lehnkering	LG Hamburg
	ING BHF Bank	LG Frankfurt
	HVB Real Estate	LG München I
	Ingram/Macrotron (Delisting)	LG München I
	Aditron	LG Düsseldorf
Invensys Metering Syst.	LG Hannover	

Die genannten Gesellschaften geben jeweils das abhängige Unternehmen an; die Jahreszahl bezeichnet den Zeitpunkt der Antragstellung. Daneben ist das mit der Sache befasste Gericht genannt.

Abweichendes Stimmverhalten 2003

Oppositionen

Entlastung Vorstand	Aareal Bank	BioTissue Technologies	CDV Software
	eff-eff	farmatic biotech energy	GeneScan
	Gerling	Mannheimer Holding	Microlog logistics
	Real Garant Versicherung	Rohwedder	
Entlastung Aufsichtsrat	Aareal Bank	BioTissue Technologies	CDV Software
	Deutsche Lufthansa	eff-eff	GeneScan
	Mannheimer Holding	Microlog logistics	Real Garant Versicherung
Rückkauf eigener Aktien	Aareal Bank		
Konzernrechtliche Strukturmaßnahmen	Aareal Bank	Hornblower Fischer	
Aufsichtsratsvergütung	Bilfinger Berger		
Gewinnverwendung	eff-eff		
Wahl Aufsichtsrat	eff-eff	Real Garant Versicherung	
Wahl Abschlussprüfer	eff-eff	Hornblower Fischer	
Satzungsänderung	Hornblower Fischer		
Squeeze-Out	Microlog logistics	Neckarwerke Stuttgart	Real Garant Versicherung
Ausgliederungsvertrag	Stuttgarter Hofbräu		

Gegen die Verwaltung

Gewinnverwendung	Dyckerhoff	eff-eff	euromicron
	HeidelbergCement	Lindner Holding	Pixelpark
	Vattenfall Europe		
Entlastung Vorstand	Aareal Bank	AGIV Real Estate	Apcoa
	artnet	Augusta Technologie	BioTissue Technologies
	Börsenmakler Schnigge	CDV Software	ComputerLinks
	COR	Cycos	DCI Database
	Dyckerhoff	Easy Software	eff-eff
	EM.TV	farmatic biotech energy	GeneScan
	Gerling	Group Technologies	HeidelbergCement
	HVB Group	Infinigate	Intelligence
	IPC Archtec	Kögel	LaMer Cosmetics
	Lion bioscience	Mannheimer Holding	Microlog logistics
	Mineralbrunnen Überkingen	Nols	NorCom
	One World – One Energy	Pixelpark	Real Garant Versicherung
	Rohwedder	S.A.G. Solarstrom	Schaltbau Holding
	Tria IT-Solutions	Trius	TTL Information Technology
	UBAG	Vattenfall Europe	Vogt electronic
	USU Openshop	Webac Holding	WCM
	Winkler + Dünnebie		

Gegen die Verwaltung

Entlastung Aufsichtsrat	Aareal Bank	Agiv Real Estate	Anzag
	artnet	Augusta Technologie	Beru
	Bio Tissue Technologies	Börsenmakler Schnigge	CDV Software
	Cenit	Commerzbank	ComputerLinks
	COR	Cycos	DCI Database
	Dt. Steinzeug	Dürrkopp Adler	Dyckerhoff
	eff-eff	EM.TV	GeneScan
	Gerling	HeidelbergCement	Infinigate
	Itelligence	Kögel	Lion bioscience
	Mannheimer Holding	Microlog logistics	Mineralbrunnen Überkingen
	Nols	NorCom	One World – One Energy
	PIXELPARK	Real Garant Versicherung	S.A.G. Solarstrom
	Telekom	Tria IT- Solutions	Trius
	TTL Information Technology	UBAG	Vogt electronic
	USU Openshop	Webac Holding	WCM
	Winkler + Dünnebier		
Entlastung eines Aufsichtsratsmitgliedes	Deutsche Lufthansa		
Wahl Aufsichtsrat	Anzag	Bankgesellschaft Berlin	Beru
	Börsenmakler Schnigge	Commerzbank	DCI Database
	Dyckerhoff	eff-eff	farmatic biotech energy
	HVB Group	Infinigate	Itelligence
	Nexus	One world – One energy	Pixelpark
	Real Garant Versicherung	VBH	VIVA Media
	Wanderer- Werke	Winkler + Dünnebier	
Aufsichtsratsvergütung	Bilfinger Berger	Deutsche EuroShop	HeidelbergCement
Wahl Abschlussprüfer	artnet	Bewag	Deutsche EuroShop
	Commerzbank	Dyckerhoff	Easy Software
	eff-eff	GBW	Hornblower Fischer
	Lion bioscience	MLP	Pixelpark
	VBH	Volksbank Stuttgart	USU Openshop
	Wapme Systems	Winkler + Dünnebier	
Aktienrückkauf	Aareal Bank	ComputerLinks	euromicron
Squeeze-Out	Aditron	DSL Holding	Entrium
	HeidelbergCement	HVB Real Estate	Kamps
	Maschinenfabrik Esslingen	MAN Roland Druckmaschinen	Microlog logistics
	Neckarwerke Stuttgart	Real Garant Versicherung	Sappi Ehingen
	Stinnes	Stollwerck	
Konzernrechtliche Strukturmaßnahmen	Aareal Bank	Bewag	Dyckerhoff
	Hornblower Fischer	OnVista	Trius
Vorstandsbeschlüsse wegen Übernahme	Dyckerhoff		

Gegen die Verwaltung

Unabhängigkeitsprüfung des Aufsichtsrates durch Dritte	COR		
Satzungsänderung	Commerzbank	eff-eff	HeidelbergCement
	Hornblower Fischer	DPO	euromicron
Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen	Tria IT-Solutions		
Ausgliederungsvertrag	Stuttgarter Hofbräu		
Genehmigtes Kapital	Interseroh		

Enthaltungen

Gewinnverwendung	Edscha	Trius	W.E.T. Automotive
Entlastung Vorstand	D.Logistics	Edscha	F.A.M.E.
	GCI Management	HVB Real Estate	LS telcom
	MWB	Sunways	Stollwerck
Entlastung Aufsichtsrat	D.Logistics	Edscha	F.A.M.E.
	GCI Management	GFT Technologies	Group Technologies
	HVB Real Estate	Lindner Holding	LS telcom
	Stollwerck		
Wahl Aufsichtsrat	Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt		COR
	Cenit		Lion bioscience
Wahl Abschlussprüfer	euromicron	Trius	
Stock Options Programm	Celanese		
Squeeze-Out	Consors		
Beschluss nach § 199 AktG	F.A.M.E.		
Aufsichtsratsvergütung	Celanese		
Satzungsänderung	euromicron		

Die Börse im Fokus



Roland Oetker

Liebe Ehrengäste, meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,

wer zurzeit in Deutschland lebt, ist einiges gewohnt. Ein Kanzler, der fast ausschließlich mit Rücktrittsdrohungen regiert, einen über die Maßen verschuldeter Bundeshaushalt, Rekordarbeitslosigkeit bei schwacher Konjunktur und ein als Reform getarntes Reparaturgesetz nach dem anderen.

Immer wenn ich die neuesten Nachrichten aus Berlin höre, muss ich an eine Anekdote aus den USA denken. Präsident Kennedy soll während seiner Amtszeit zu einem Geschäftsmann gesagt haben: „Wenn ich nicht Präsident wäre, würde ich jetzt Aktien kaufen.“ Worauf der Mann antwortete: „Wenn Sie nicht Präsident wären, täte ich das auch.“ Ganz so schlimm scheint es unter Gerhard Schröder nicht zu sein, zumindest nicht mehr. Für die Psyche der Marktteilnehmer wäre es sicherlich auch dienlich, wenn die Opposition sich die Mahnung des DSW-Kuratoriums-Mitgliedes Michael Glos, im Nebenberuf Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, zu Herzen nähme, der kürzlich sagte: „Wir können nicht Löcher in die Bordwand eines Schiffes bohren auf dem wir in schwerer See selbst sitzen.“

Die Aktienkurse sind seit Jahresanfang – mit empfindlichem Einbruch im März 2003 auf einen DAX-Stand von 2200 Punkten – deutlich gestiegen. Die Frage, ob es sich bei dem bisherigen Miniaufschwung um ein wirklich nachhaltiges Wachstum handelt, oder doch nur um ein Strohfeuer, ist trotz nachhaltig positiver Ifo-Geschäftsklima-Zahlen – den besten seit der Jahreswende 2000/2001 – noch offen. Die konjunkturelle Erholung könnte aber – wenn man positiv denkt – bereits in dem jetzt begonnenen 4. Quartal spürbar werden. Weniger von der Konsumseite, wo noch immer das gerade genannte „Hickhack“ um die Steuersenkungen irritiert, als vom verarbeitenden Gewerbe könnten die stärksten Impulse ausgehen.

Teures Eigenkapital

Aber meine Damen und Herren, wenn nach langer tiefschwarzer Nacht die Morgenröte am Horizont erscheint, brauchen Unternehmen Liquidität und Eigenkapital. Nach wie vor ist die Eigenkapitalbeschaffung für die Unternehmen über die Börse verhältnismäßig teuer. Doch die Unternehmen brauchen frisches Geld, um für die anspringende Konjunktur gerüstet zu sein. Die Banken sind bei der Kreditvergabe zu Recht restriktiver geworden. Zusätzlich kann Basel II, gerade für die chronisch unter Eigenkapitalmangel leidenden deutschen Firmen, zur Verteuerung von Krediten führen. Und auch für die Start Ups sind die Zeiten nicht gerade rosig: Nach wie vor ist der Exit-Kanal „Börse“ für Wagniskapital komplett verstopft.

Aber: Die Anzeichen für eine Wende zum Positiven mehren sich. Viele Unternehmen haben die Krisenzeiten genutzt, konsequent umstrukturiert und die Kosten drastisch runtergefahren. Steigende Gewinne bei sinkenden Umsätzen hieß das Ziel, das von etlichen Gesellschaften erreicht wurde.

Die Börse ist also wieder im Fokus. Im Fokus der institutionellen Anleger, teilweise auch schon wieder im Fokus der Privaten. Die Versicherer haben sich nach verschiedenen Stresstests des BaFin noch nicht getraut und kaufen vermutlich erst bei einem DAX von 4000. Wer den Schaden hat ...

Besonders ist die Börse aber im Fokus – vielleicht sollte ich hier besser sagen im Visier – der Firmenaufkäufer. Sie weisen den Weg. Der Grund liegt auf der Hand: Niedrigen Börsenbewertungen stehen Unternehmen gegenüber, die erfolgreich umstrukturiert haben. In den Kursen finden sich diese Erfolge noch nicht wieder. Nur konsequent, dass Private Equity Firmen wie die Carlyle Group, KKR oder BC Partners in Deutschland auf Beutezug sind. Geld haben sie auf jeden Fall genug. Nach jüngsten Schätzungen stehen allein den US-Firmenkäufern mehr als 200 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Und das Übernahmekarussell hat erst begonnen, sich zu drehen. Hier nur einige Beispiele:

- Bosch übernimmt Buderus
- Rheinmetall übernimmt Kolbenschmidt
- Dyckerhoff Zement gehört mittlerweile dem italienischen Baukonzern Buzzi
- Procter and Gamble hat sich den M-Dax-Wert Wella gesichert
- Opentext will IXOS kaufen
- ProSiebenSat1 gehört einer Investorengruppe um den US-Medienunternehmer Haim Saban und vor kurzem übernahm
- Tchibo die Kontrolle über die Beiersdorf AG.

Geschützt sind nur solche Unternehmen, die einen Großaktionär ohne Verkaufsinteressen hinter sich haben. Im DAX sind das vor allem Altana, BMW, Fresenius oder Henkel. Alle anderen stehen im Prinzip zur Disposition, unabhängig von Größe oder Branche. Alles ist möglich. Auf die Hilfe der Deutschland AG kann kein Übernahmekandidat mehr bauen. Banken und Versicherungen verkaufen auf der Suche nach Reserven ihre Beteiligungen lieber heute als morgen. Und abgabewillige Aktionäre sind nach drei Jahren Baisse ebenfalls bereit, sich von Aktienpaketen zu trennen. Die Deutschland AG zerbröseln.

Das Übernahmegesetz hat sich in dieser stürmischen Zeit bis jetzt ganz ordentlich geschlagen. Wenn es auch nicht in dem Maße anlegerfreundlich ist, wie ich mir das wünschen würde. Die 30-Prozent-Schwelle, bei deren Überschreiten die Abgabe eines ersten Abfindungsangebots vorgeschrieben ist, liegt angesichts der niedrigen Präsenzen möglicherweise zu hoch.

Die Präsenz auf den Hauptversammlungen, befindet sich weiter im Sinkflug. Waren bei den Unternehmen des DAX im letzten Jahr im Durchschnitt noch rund 51 Prozent des stimmberechtigten Kapitals auf den Hauptversammlungen vertreten, sind diesmal nur noch 49 Prozent gekommen. Erstmals ist der Durchschnitt damit unter die 50-Prozent-Marke gefallen. Mit einer Präsenz von nur 23,17 Prozent war Adidas erneut das Schlusslicht im DAX. Knapp 12 Prozent der Aktien hätten bei dem Sportartikelhersteller ausgereicht, um die Mehrheit auf der Hauptversammlung zu stellen und damit das Sagen im Unternehmen zu bekommen.

Weitere Übernahmen
sind wahrscheinlich

Etliche Börsengänge stehen auf der Agenda

Aber nicht nur das Übernahmekarussell nimmt Fahrt auf. Das gleiche gilt langsam aber sicher auch wieder für den Bereich der Börsengänge. Und ich spreche von echten Börsengängen, nicht von Kapitalerhöhungen, Reverse Mergers oder Unternehmensabsplattungen mit anschließender Börsennotiz.

Sie glauben mir nicht? Kein Wunder! Hat es doch dieses Jahr in Deutschland sage und schreibe Null echte Börsengänge gegeben. Damit erleben die Investmentbanker hier zu Lande eine Situation, wie es sie nach dem 2. Weltkrieg nur in den Jahren 1950, 1963 und 1968 gab. Bereits im vergangenen Jahr war das Emissionsvolumen gegenüber 2001 um 90 Prozent auf kaum erwähnenswerte 226 Millionen Euro geschrumpft. Die letzte Emission: „Erotic Media“ hatte sicherlich ihre Reize, aber das Volumen betrug nur sagenhafte 3 Millionen Euro.

Als positiv denkender Mensch bin ich von meiner Aussage überzeugt, dass dieser Markt schon bald anspringen wird. Ich gebe zu, dass ich auf diese Prognose keinen Alleinvertretungsanspruch erheben kann. Nach einer Umfrage des Deutschen Aktieninstituts denken 20 Prozent der größeren mittelständischen Unternehmen über einen Börsengang nach. Morgan Stanley sieht bis Ende 2004 ein Emissionsvolumen von bis zu 15 Milliarden Euro. Auch wenn mir dies etwas zu optimistisch erscheint; die Richtung stimmt. Die bisherige Zurückhaltung verwundert nicht. Der Emissionsmarkt lief immer mit zeitlicher Verzögerung der Kursentwicklung hinterher. So brach das IPO-Geschäft 1988 ein Jahr nach dem Aktiencrash zusammen. Und den Höhepunkt an Börsengängen gab es im Jahr 2000, als der Trend bereits gedreht hatte und die Kurse zu purzeln begannen.

Reif für den Börsengang sind sicherlich einige gestandene Unternehmen, beispielsweise der Industriekonzern Messer Griesheim, der Wasser- und Stromabrechner Viterro Energy Services oder die ehemalige Henkel-Chemiesparte Cognis. Selbst ein Neuversuch des vor rund 2 Jahren gescheiterten Börsengangs der Fischrestaurantkette Nordsee und der vor 3 Jahren ausgebremsten Leica-Microsystems gilt mittlerweile wieder als möglich.

Grohe als Trendsetter

Als besonders heißer Börsenkandidat wird der Armaturenhersteller Grohe gehandelt. Das Unternehmen gehört der Private Equity Firma BC Partners und wurde erst 1999 vom Börsenzettel genommen. Damit könnte Grohe zum Vorreiter eines neuen Trends werden. Erfolgreiche Unternehmen werden übernommen und verschwinden dann vom Kurszettel. Einige Zeit später folgt die glorreiche Rückkehr an die Börse, verbunden mit einem schönen Gewinn für die Private Equity Firma.

Fortgesetzt wird diese Reihe aller Voraussicht nach mit dem Autozulieferer Edscha, den die amerikanischen Kapitalgesellschaft Carlyle Group übernommen hat. Nachdem die freien Aktionäre mittels Squeeze Out aus dem Unternehmen gedrängt wurden – die Abfindungshöhe wird gerade durch ein Spruchverfahren gerichtlich überprüft – denkt das Unternehmen bereits laut über eine Rückkehr an die Börse nach, zu deutlich höheren Kursen selbstverständlich.

Unabhängig von dieser, für die freien Aktionäre wenig erfreulichen Entwicklung, zeigt sich eins ganz deutlich: Das Anforderungsprofil für die IPO-Kandidaten ist im Unterschied zu vergangenen Tagen wesentlich klarer: Gefragt sind in erster Linie bekannte Namen. Investoren steigen künftig vor allem in Unternehmen ein, die sie über einen gewissen Zeitraum intensiv beobachten konnten. Start Ups werden es zu Recht deshalb schwer haben. Kein Wunder: Sind die Erfahrungen in diesem Bereich doch alles andere als positiv. Das Gros der Unternehmen, die in den Boomjahren an den Neuen Markt gekommen sind, war nicht börsenreif, sondern befand sich noch in der Venture Capital Phase. Als die Hausse in sich zusammenbrach, wurden aus Kult- sehr schnell Skandalpapiere.

Klar ist aber auch: Ohne einen funktionierenden Exit-Kanal „Börse“ wird es für die jungen Unternehmen schwierig, Risikokapital in ausreichendem Umfang zu bekommen. Dieses Geld wird aber dringend benötigt. Um dieses Dilemma zu lösen, gibt es verschiedene interessante Ansätze. So wird in Italien über Steuervergünstigungen für Börsendebütanten nachgedacht. Das Deutsche Aktieninstitut ruft nach einem eigenen Börsensegment für IPOs. Und selbst in der SPD wird hin und wieder über Steuervorteile für Start-Up-Unternehmen diskutiert.

Ich kann aber nur vor einem Börsengang „light“ warnen. Zeitnahe Unterrichtung des Anlegerpublikums ist unverzichtbar! Über den Umfang der Berichte kann man streiten, aber wenn das Management nicht in der Lage sein sollte, sich und den Aktionären quartalsweise aussagefähige Informationen zur Verfügung zu stellen, stimmt etwas nicht.

Wenn die kommenden Börsengänge eine Erfolgsstory werden sollen, müssen alle Beteiligten ihre Hausaufgaben machen und darauf achten, dass, ob old oder new economy, wir eine true economy haben.

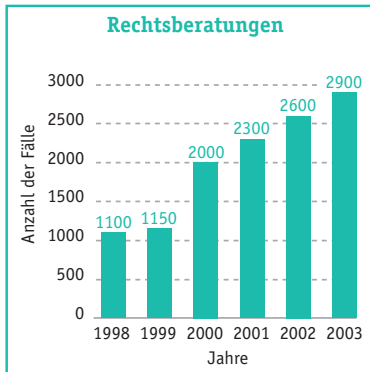
Die wichtigste Frage, wie immer zum Schluss. Wer wird den Eisbrecher spielen? Wer wird es als Erster wagen, den gebeutelten deutschen Aktionäre neue Papiere anzubieten? Bis die wirklich großen Namen einen Börsengang machen, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Bertelsmann oder T-Mobile sind frühestens 2005 zu erwarten. Die Bahn ist aus meiner Sicht nicht vor 2007 börsenfähig. Hier möchte ich mindestens zwei positive Jahresabschlüsse ohne große Verwerfungen sehen. Bleibt die Postbank. Diese könnte zu einem echten Stimmungsumschwung führen, wenn ein erfolgreicher Börsengang geschafft wird. Ich hoffe allerdings sehr, dass nicht die gleichen Fehler gemacht werden, wie bei den Börsengängen der Telekom. Man sollte tunlichst davon absehen, prominente Darsteller in nett gemachten Werbefilmchen den Eindruck erwecken zu lassen, Aktien seien risikolose Anlageformen für jedermann. Das war nie richtig und wird auch in Zukunft nicht richtig sein. Vor der Investition steht die Recherche: Oder, um mit Seneca zu sprechen: „Glück ist was passiert, wenn Vorbereitung auf Gelegenheit trifft.“

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Erfolgreiche Unternehmen sind gefragt

Postbank als möglicher Eisbrecher

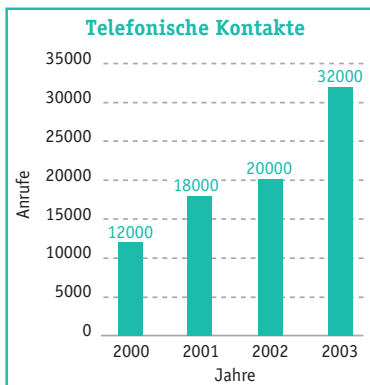
Beratungstätigkeit 2003



Im Jahre 2003 wurden die Beratungsleistungen der DSW-Rechtsanwälte in der Düsseldorfer Zentrale so oft nachgefragt wie nie zuvor. Insbesondere die DSW-Aktion hinsichtlich der Telekom-Prospekthaftungsansprüche hat zu einer Anfragenflut geführt. Allein in diesem Bereich erreichten die DSW-Zentrale in Düsseldorf über 12500 Anfragen betroffener Aktionäre. Doch auch die Zahl der individuellen Beratungen für unsere Mitglieder neben unserer Telekom-Aktion stieg auf ein neues Rekordmaß. Hatten wir im Jahre 2002 noch 2600 Fälle zu bearbeiten, waren es in 2003 bereits 2900.

Im wesentlichen befassten sich die DSW-Juristen mit folgenden Themen:

- Fehlerhafte Anlageberatung (Direktanlage und Fonds),
- pflichtwidrige Vermögensverwaltung,
- kreditfinanzierte Anlagen,
- Prospekthaftungsansprüche (Aktien und Fonds),
- Fondsschließungen,
- außer- und vorbörsliche Investments,
- Kapitalanlagebetrug,
- öffentliche Kauf- und Umtauschangebote
- gebührenrechtliche Problematiken (z.B. Depotübertragungsgebühren).



In zwei Dritteln der insgesamt 2900 Anfragen konnten die DSW-Anwälte mit einem erläuternden Schreiben abschließend weiterhelfen. Bei rund einem Drittel der Fälle war ein weitaus höherer Arbeitsaufwand erforderlich. So wurden in 1000 Angelegenheiten mittels ausführlicher Schriftsätze Kreditinstitute, Vermögensverwalter und sonstige Finanzdienstleister angeschrieben und Ansprüche geltend gemacht. Erfreulich ist, dass aufgrund unseres Engagements in etwa 200 Fällen eine Kompensation für die DSW-Mitglieder erreicht werden konnte.

Ein weiteres Instrument zur Anspruchssicherung und Geltendmachung ist die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens bei den jeweiligen Landes- oder Bundesverbänden der Sparkassen und Banken. Im Jahr 2003 stieg die Anzahl der von der DSW eingeleiteten Ombudsmannverfahren auf nahezu 100 an, was eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Erstmals in 2003 erfolgte eine Beratung durch die DSW-Anwälte auch im Bereich US-Sammelklagen. Neben der Beantwortung von entsprechenden Fragen der DSW-Mitglieder wurden insbesondere deutschsprachige Ausfüllanleitungen für die in Englisch gehaltenen Anmeldeunterlagen erstellt.

Die voranstehende Berichterstattung erfasst nicht die zahlreichen Anfragen Rat suchender Mitglieder, die im Rahmen eines persönlichen oder auch fernmündlichen Gesprächs unmittelbar geklärt werden konnten. Inklusiv der Anfragen, die sich im Rahmen unserer Telekom-Aktion ergeben haben, erhöhte sich die Zahl der telefonischen Kontakte von 20000 in 2002 auf über 32000 in 2003 und liegt damit nochmals deutlich über dem Rekordniveau des Vorjahres.

Neuer DSW-Internetauftritt

Kaum Online, schon erfolgreich. Die neue Internetpräsenz der DSW belegte bereits kurz nach ihrer Premiere im Netz den zweiten Rang in einem Vergleich der Homepages aller europäischen Aktionärsschutzvereinigungen. Besser schnitten nur noch die Dänen ab. Bewertet wurden unter anderem Aktualität, Nutzbarkeit und Layout der Internetangebote.

Informativer, schneller, einfacher und eleganter. Das ist das Motto des neu gestalteten Internetauftritts der DSW. Unter der Adresse www.dsw-info.de finden Anleger Antworten auf fast alle Fragen rund ums Thema Anlegerschutz. Egal ob es um Hauptversammlungstermine, aktuelle Gerichtsurteile oder praktische Hilfen bei der Gründung von Investmentclubs geht: Auf der DSW-Seite sind die passenden Informationen vorhanden. „Wir haben nicht nur das komplette Layout der Seite verändert sondern das Angebot auch um etliche Inhalte ergänzt“, erklärt DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker.

Weiterer Schwerpunkt der Überarbeitung war die Verbesserung der Servicequalitäten. Nicht mehr als drei Klicks sollte es brauchen, bis der Nutzer die gesuchte Information hat. „Das ist uns in fast allen Fällen gelungen“, sagt Hocker.

Für den Fall, dass es doch einmal etwas komplizierter werden sollte, hat die DSW-Homepage eine leistungsfähige Suchfunktion: Stichwort eingeben, Enter drücken, fertig.



Weitere Aktivitäten

Januar

- Gesellschafterversammlung der DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA) in Düsseldorf
- DSW-Telefonaktion mit der Rheinischen Post
- Sitzung des Gesprächskreises Corporate Governance beim Bundesministerium der Justiz NRW in Düsseldorf
- DSW-Arbeitstagung: Internes Fortbildungsseminar für HV-Sprecher in Engelberg
- Sitzung der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex unter der Leitung von Dr. Gerhard Cromme, Frankfurt

Februar

- DSW-Pressekonferenz zum Thema „DSW-Watchlist 2003“ in Berlin
- Konferenz mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Thema „Corporate Governance“ in Frankfurt
- Pressekonferenz der Euroshareholders zum Thema „Measures to inspire confidence in the stock market“ in Brüssel

März

- Sitzung des Primary Markets Advisory Committee in der Börse Frankfurt
- DSW-Seminar für Aktiengesellschaften in Düsseldorf
- Kuratoriums- und Präsidiumssitzung der DSW in Düsseldorf
- Sitzung der Arbeitsgruppe BaFin in Frankfurt
- Sitzung des European Corporate Governance Services (ECGS) in London
- Vortrag im Human Capital Club in München zum Thema „Spiegelt der Aktienmarkt den Umgang mit dem Human Capital?“

- Präsentation des European Corporate Governance Services (ECGS) in Paris
- Teilnahme am Seminar des DAI zum Thema „Aktienindizes und Börsensegmente“ in Frankfurt
- DSW-Aktienforum mit der Sparkasse Bonn, Unternehmen: Porsche, BASF
- DSW-Pressekonferenz zum Thema „Zentrale Themen der HV-Saison 2003“ in Frankfurt

April

- Sitzung des Private Investor Regulation Committee der Börse Stuttgart
- Invest 2003, Anlegermesse der Börse Stuttgart, zahlreiche Vorträge zu Anlegerschutzthemen
- GEO-Konferenz zum Thema „Corporate Governance“ in Dublin
- Sitzung der Arbeitsgruppe BaFin in Frankfurt
- Vortrag in der Börse Düsseldorf zum Thema „Mein Recht als Anleger“
- DSW-Pressekonferenz zum Thema „Verlängerte Verjährungsfrist bei der Deutschen Telekom“ in Frankfurt
- DSW-Round-Table-Veranstaltung mit der HSBC in Hamburg

Mai

- DSW-Aktienforum mit der Volksbank Stuttgart, Unternehmen: Lufthansa
- Pressekonferenz der DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA) zum Thema „Vorstellung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC)-Initiative“ in Frankfurt
- DSW-Round-Table-Veranstaltung mit der ING BHF-Bank in Düsseldorf
- Plenarsitzung der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex unter der Leitung von Dr. Gerhard Cromme, Frankfurt

- Sitzung der Börsensachverständigenkommission Arbeitsgruppe Börsenorganisation in Berlin
- DSW-Aktienforum mit der Volksbank Chemnitz eG, Unternehmen: SAP, adidas-Salomon
- Sitzung des European Corporate Governance Services (ECGS) in Paris

Juni

- 2. Düsseldorfer Aktienforum, Unternehmen: ThyssenKrupp, Metro, Henkel
- Hearing Finanzplatz Deutschland in Berlin
- WFIC-Board-Sitzung in Kopenhagen
- 11. Kölner Finanzforum mit dem Kölner Stadtanzeiger, Unternehmen: Deutsche Post World Net, TUI
- Sitzung des Börsenrates in Düsseldorf
- Informationsveranstaltung der DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA) zur Erläuterung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC)-Initiative in Hamburg
- Informationsveranstaltung der DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA) zur Erläuterung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC)-Initiative in München

Juli

- Informationsveranstaltung der DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA) zur Erläuterung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC)-Initiative in Frankfurt
- Sitzung des International Corporate Governance Network (ICGN) in Amsterdam
- DSW-Stellungnahme zum Thema „EU-Aktionsplan“

August

- Herausgabe des DSW-Leitfadens zum Thema „Effizienzprüfung des Aufsichtsrates“
- DSW-Presskonferenz zur „Aufsichtsratsstudie 2003“ in Berlin
- DSW-Presskonferenz zum Thema „Rückblick auf die HV-Saison 2003“ in Frankfurt

September

- Gründung der IGOR (International Group of Rome for Argentina Bondholders) in Rom
- Sitzung der Euroshareholders in Brüssel
- Vortrag zum Thema „Transparency directive“ in Brüssel
- Anhörung in der Bundesbank in Frankfurt zum Thema „EU-Richtlinie Clearing and Settlement“
- Vortrag in der Sparkasse Leipzig zum Thema „Anlegerschutz aktuell“
- Sitzung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC) in Frankfurt
- Präsidiumssitzung der DSW in Düsseldorf
- DSW-Aktienforum mit der Deutsche Börse AG, Frankfurt, Unternehmen: MLP, Aventis, Deutsche Telekom
- Sitzung des Primary Markets Advisory Committee in Frankfurt

Oktober

- DSW-Stellungnahme zum Thema „Investmentförderungsgesetz“
- DSW Round-Table-Veranstaltung mit dem Bankhaus Vontobel, Zürich, in Hamburg
- DSW Round-Table-Veranstaltung mit dem Bankhaus Vontobel, Zürich, in Düsseldorf

- International Bankers Forum in Frankfurt
- Vortragsveranstaltung mit der ING BHF-Bank in Köln
- Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages zum „Investmentmodernisierungsgesetz“
- DSW-Aktienforum mit der Kreissparkasse Düsseldorf, Unternehmen: ThyssenKrupp, Deutsche Post World Net
- DSW-Aktienseminar mit der Börse Hamburg
- Börsentag in Hamburg
- 3. Düsseldorfer Aktienforum, Unternehmen: KarstadtQuelle, Deutsche Post World Net, Indexchange Investment
- Sitzung der Börsensachverständigenkommission in Frankfurt
- DSW-Aktienseminar mit der Volksbank Donau-Neckar in Villigen-Schwennigen, Unternehmen: Porsche
- DSW-Aktienseminar mit der Volksbank Nordhorn, Unternehmen: DaimlerChrysler, Hugo Boss
- GEO-Vortrag zum Thema „Directors remuneration“ in Zürich

November

- Vortrag zum Thema „Anlegerbild im deutschen und europäischen Kapitalmarktrecht“ während einer Fachtagung im Cusanuswerk in Rothenfels
- DSW-Mitgliederversammlung sowie Kuratoriums- und Präsidiumssitzung der DSW in Düsseldorf, Redner: Prof. Dr. Dr. h.c. Utz-Hellmuth Felcht, Vorsitzender der Degussa AG, Roland Oetker, Präsident der DSW
- DSW-Aktienforum mit der Börse Stuttgart, Unternehmen: SAP, GFT

- Vortrag bei der Deutschen Agentur für Aufsichtsräte in Berlin zum Thema „Der Aufsichtsrat als Überwachungsorgan“
- Partners Meeting des European Corporate Governance Services (ECGS) in London
- DSW-Aktienseminar mit der Börse Berlin
- European Banking Congress in Frankfurt
- Erstes Niedersächsisches Aktienforum mit der Börse Hannover, Unternehmen: TUI, Hannover Rück
- DSW-Aktienforum mit der Börse Berlin, Unternehmen: Deutsche Post World Net, Infineon
- Sitzung der Euroshareholders in Brüssel

Dezember

- Sitzung des Primary Investor Regulation Committee der Börse Stuttgart
- Gründung der ISC (International Steering Committee of Argentina Creditors) in New York
- Sitzung des Übernahme-Beirates BaFin in Frankfurt
- DSW-Presskonferenz zum Thema „Vorstandsvergütung der DAX 30-Unternehmen“ in Berlin
- Sitzung der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC) in Frankfurt

Die DSW im Spiegel der Presse

Frankfurter Allgemeine

Die Geduld der Kleinaktionäre ist bald erschöpft

22. Januar 2003 – DSW verlangt im Fall eines dritten Jahresverlustes bei Infineon personelle Konsequenzen (...) Daniela Bergdolt von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) deutete (...) an, dass die Geduld der Kleinaktionäre bald erschöpft sein könnte. Sollte der Konzern im laufenden Geschäftsjahr zum dritten Mal in Folge einen Verlust ausweisen, müßten Entscheidungen getroffen werden ...

vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste

Aktionärsvertreter wollen Spruchstellenverfahren zu Bewag

31. Januar 2003 – Aktionärsvertreter haben das Umtauschangebot für Aktien der Bewag AG, Berlin (...) als zu niedrig kritisiert und sich für ein Spruchstellenverfahren oder eine Nachbesserung ausgesprochen. (...) Auch der Vertreter der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) sagte, dass ein Spruchstellenverfahren eingeleitet werden sollte ...

ddp-Nachrichtenagentur

Aktionärsschützer fordern mehr Rechte für Privatanleger

12. Februar 2003 – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) fordert mehr Rechte für Privatanleger. Das Aktienrecht biete den Aktionären nur eingeschränkt die Möglichkeit, direkt Organe eines Unternehmens beispielsweise auf Schadenersatz zu verklagen, kritisierte DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker am Dienstag anlässlich der Veröffentlichung der DSW-Watchlist 2003 mit den größten Kapitalvernichtern ...

vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste

DSW begrüßt Vorstoß der Bundesregierung zum Anlegerschutz

25. Februar 2003 – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hat die von der Bundesregierung angeregte Ausweitung der Haftung für Vorstände und Aufsichtsräte begrüßt. (...) „Es wurde höchste Zeit, dass Aktionäre auch dann die Chance auf Schadenersatz haben, wenn der Vorstand grob fahrlässig handelt“, hob DSW-Geschäftsführer Ulrich Hocker hervor ...

Süddeutsche Zeitung

Aktionäre fordern Saban-Angebot

20. März 2003 – Die Ankündigung des ProSieben Haupteigners Haim Saban, auf ein Übernahmeangebot an die freien Aktionäre der Senderfamilie möglicherweise zu verzichten, ist in Finanzkreisen auf heftige Kritik gestoßen. (...) Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) erklärte, der Plan des US-Medienmilliardärs verstoße gegen geltendes Recht ...

Reuters

DSW drängt Firmen zur Übernahme des Corporate Governance Kodex

26. März 2003 – Die deutschen Leitlinien zur Unternehmensführung (Corporate Governance Kodex) finden bei den hiesigen Aktiengesellschaften nach Angaben der Aktionärsvertretung DSW bislang wenig Anklang. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) will deshalb auf den anstehenden Hauptversammlungen der Unternehmen auf die Einhaltung dieser Leitlinien dringen ...

Januar

Februar

März

April **Focus Money**

Eisiger Gegenwind

10. April 2003 – ... Aktionärsschützer, wie die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), kündigen scharfe Attacken gegen die Schmidt-Berufung (Aufsichtsrat der HypoVereinsbank) an: „Wir werden ausdrücklich dagegen votieren.“ ...

Die Welt

DSW sieht Chance verlängerter Verjährungsfrist für Telekomklagen

24. April 2003 – T-Aktionäre, die sich von den Informationen zum dritten Börsengang der Telekom getäuscht fühlen, können laut Aktionärsschützer die Verjährungsfrist der Klagen verlängern. Wie der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Ulrich Hocker, am Mittwoch erläuterte, besteht die Möglichkeit, ein Güteverfahren bei der Öffentlichen Rechtsauskunfts- und Vergleichsstelle der Stadt Hamburg einzuleiten ...

Mai **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung**

Abra kadabra

11. Mai 2003 – ... Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hat gemeinsam mit einigen Banken eine Initiative gestartet, um die Verhandlungsposition der Privatanleger zu verbessern. Sie werden aufgefordert, ihre Anleihen in eine Zweckgesellschaft namens Argentine Bond Recruiting Agency (Abra) einzubringen und gegen Zertifikate der Gesellschaft einzutauschen. Auf diese Weise soll die Verhandlungsmacht der Kleinanleger gebündelt und gegenüber den Institutionellen gestärkt werden ...

Abendzeitung Nürnberg

Pfiffe für Hypo-Chefs

15. Mai 2003 – ... Im Jahr 2002 fuhr die Bank (HypoVereinsbank) 858 Millionen Euro Verlust ein. Die Dividende fällt aus. Und die Aktie, die mal bei 90 Euro stand, dümpelt bei 12 Euro. „Die Aktionäre sind stinksauer“, sagte Ulrich Hocker von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Sauer, nicht nur über die miese Lage. Sauer auch darüber, dass Schmidt, der Ende 2002 den Vorstandsvorsitz an Dieter Rampel übergab, nun Chef im Aufsichtsrat ist ...

Juni **vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste**

DSW will Lufthansa-AR Bsirske auf HV Entlastung verweigern

5. Juni 2003 – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) will auf der anstehenden Hauptversammlung (HV) der Deutschen Lufthansa AG gegen die Entlastung des Aufsichtsratsmitgliedes Frank Bsirske stimmen. DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker erklärte am Mittwoch, Bsirske habe seine Pflichten als Aufsichtsrat „grob verletzt“ ...

Stuttgarter Nachrichten

Aktionärskritik an Anlagepolitik

12. Juni 2003 – Die Münchener Rück leidet weiterhin erheblich unter der Schwäche des Aktienmarktes ... Es sei bemerkenswert, wie die große Schar der Anlageexperten des Konzerns einen so hohen Abschreibungsbedarf hätten auflaufen lassen, sagte Daniela Bergdolt von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) : „Waren hier mehr Amateure und keine Profis am Werk?“ ...

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Wandelanleihe bedroht EM.TV

24. Juli 2003 – Die Aktionäre beurteilen die Aussichten des Medienunternehmens EM.TV zum Teil mit sehr großer Skepsis. „Der Abgrund ist sehr nah“, sagte Daniela Bergdolt von der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) in der Hauptversammlung. Grund für ihre Einschätzung ist die im Jahr 2000 begebene Wertpapieranleihe ...

Juli

Süddeutsche Zeitung

DSW will Mannheimer Vorstand nicht entlasten

26. August 2003 – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) will auf der Hauptversammlung der Mannheimer Holding am Mittwoch Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung verweigern. Hintergrund sei die Schieflage der Mannheimer Leben ...

August

Die Welt

Schutzvereinigung will Aufsichtsräte härter angehen.

30. August 2003 – Aufsichtsratsmitglieder sollten künftig abtreten, wenn die Aktionäre sie auf Hauptversammlungen nicht entlasten. Das fordert die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Geschäftsführer Ulrich Hocker sagte am Freitag in Frankfurt, dass die Betroffenen keine höheren Ämter mehr bekleiden und nicht zur Wiederwahl aufgestellt werden sollten ...

Offenbach Post

DSW begrüßt Gehaltsverzicht der BVB-Profis

2. September 2003 – Der börsennotierte Fußball-Bundesligist Borussia Dortmund erhält für seine Gehaltsverzichtspläne Beifall von Aktionärsschützern. „Das ist die richtige Reaktion auf das Scheitern in der Champions-League-Qualifikation“, sagte der Pressesprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), Jürgen Kurz, gestern ...

September

Börse Online

Folgen bei Nichtentlastung

4. September 2003 – Wird ein Aufsichtsrat nicht entlastet, soll dies künftig Folgen haben, fordert die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Sie schlägt vor, dass die Kontrolleure nach der Nichtentlastung nicht mehr zur Wiederwahl gestellt werden dürfen ...

Darmstädter Echo

DSW kritisiert Sabans Angebot

17. Oktober 2003 – ... Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) übt scharfe Kritik. „Auch wenn Herr Saban sich mit dem Angebot an das Übernahmegesetz hält, bleibt es doch für die freien Aktionäre völlig unzureichend“, erklärt DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker. Aktuell stünden die Vorzüge bei gut elf Euro ...

Oktober

vwd – Vereinigte Wirtschaftsdienste

DSW rät zu besonderer Wachsamkeit bei russischen Aktien

28. Oktober 2003 – Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hat den Inhabern russischer Aktien und Anleihen vor dem Hintergrund des Yukos-Debakels zu besonderer Wachsamkeit geraten. Es sei zu befürchten, dass es weitere Fälle dieser Art geben werde, sagte ein DSW-Sprecher am Montag zu vwd ...

November

Darmstädter Echo

Schnelle Strafen für böse Buben

28. November 2003 – Dubiose Anlageempfehlungen, fingierte Umsätze und andere Kursmanipulationen sollen künftig besser verfolgt werden können. Am heutigen Freitag tritt dazu eine Verordnung des Bundesfinanzministeriums im Kraft. (...) „Für uns ist die Verordnung völlig unspektakulär“, sagte die Aktionärsschützerin Jella Benner-Heinacher (DSW). Das, was nun festgeschrieben wurde, sei bereits vorher gängige Praxis der Finanzaufsicht gewesen ...

Dezember

Financial Times Deutschland

Mehr Gehalt bei fallenden Kursen

17. Dezember 2003 – ... Aktionärsschützer haben die Vorstandsbezüge der Dax-30-Unternehmen untersucht. Im Schnitt hat 2002 jeder Dax-Vorstand 1,25 Mio. Euro verdient. (...) Im internationalen Vergleich liegen deutsche Vorstände damit „eher im Mittelfeld“ sagt DSW-Geschäftsführerin Jella Benner-Heinacher. Sie hält dennoch die Tendenz für falsch, bei sinkenden Gewinnen und Aktienkursen die Gehälter für den Vorstand zu erhöhen ...

Ein Jahr mit vielen Fragezeichen

An den Finanzmärkten ändert sich die Welt beinahe im Sekundentakt. Im letzten Jahr konnten die Anleger alle Schattierungen der Börse erleben. Zunächst brach der Irak-Krieg aus und die Kurse purzelten gerade in Deutschland ins Bodenlose. Doch ab März legten die Börsianer ihre Scheu ab und manche Standardwerte konnten ihre Notierungen seit dem Tiefstand verdoppeln. Über das Jahr hinweg kletterte der DAX immerhin um gut 35 Prozent, die Nebenwerte aus dem M-Dax legten gar um 45 Prozent zu. Es waren zwei Themen, die das Jahr 2003 dominierten:

1. Eine expansive Schuldenpolitik in den USA aber auch in Europa haben das Vertrauen der Märkte in die Wirtschaftspolitik der großen Industrienationen nicht gerade gestärkt. Der Streit um das endgültige Aufweichen des Stabilitätspaktes in der Eurozone waren dafür das Paradebeispiel. Und eine sehr mäßige Wirtschaftsentwicklung mit enttäuschenden Wachstumszahlen störte die Börse nur deswegen nicht, weil man auf dem Parkett an den Aufschwung nach der Stagnation glauben wollte.
2. Der große Zinsanstieg an den Märkten blieb aus. Der Dollar wurde dagegen deutlich schwächer, eine Tendenz, die sich auch in 2004 fortsetzen sollte. Wer dagegen wieder auf einen kräftigen Goldanstieg setzte, traf den Nagel auf den Kopf. Das gelbe Metall, das fast 20 Jahre lang völlig vernachlässigt worden war, feierte ein stolzes Comeback.

Jetzt hoffen die Investoren auf eine Fortsetzung des Börsentrends. Doch wieder einmal sind die Signale nicht eindeutig. Natürlich: Im Vergleich zu vielen anderen Anlageformen hat die Aktie zurzeit klare Vorteile. Die Bewertungen sind nicht übertrieben und viele Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Das spricht dafür, sich jetzt am Produktivvermögen der Volkswirtschaft zu beteiligen. Und weil die Wirtschaftserholung auf sehr wackligen Füßen steht, ist es alles andere als sicher, ob andere Anlageformen wie Rentenscheine eine bessere Performance bieten können. Auch am Immobilienmarkt muss man viele Fragezeichen machen. Kann der langfristige Trend nach oben zeigen in einer demographisch auf dem Kopf stehenden Gesellschaft?

Doch auch der Aktienmarkt bleibt nicht ohne Risiken: Noch sieht es nicht unbedingt danach aus, dass Deutschland endlich die Befreiung aus seinen wachstumshemmenden Fesseln schafft. Was aber ist, wenn sich die Abwärtsspirale mit weiteren Wohlstandsverlusten weiter dreht? Nur wenn die Politik mutiger wird und die Bevölkerung einen Teil ihres ängstlichen Pessimismus verliert, kann die Basis zu einer Rückkehr zur früheren Dynamik gelegt werden. Die Deutschen, so bringt es eine Studie der Deutschen Bank auf den Punkt, sind „reich, gleich und träge“ geworden – eine besorgniserregende Mixtur.

Sie sehen: Auch in Zukunft ist für Spannung an den Kapitalmärkten gesorgt. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, sich in der jeweiligen Erwartungshaltung etwas zu bescheiden. Man gewinnt den Eindruck, dass auch die Banken sehr viel ehrlicher zu ihren Kunden geworden sind. Der frühere Hurra-Optimismus ist einer neuen Sachlichkeit gewichen. Ein Grund mehr, auch in Zukunft auf handfeste Informationen zu setzen. Kontinuität ist das Markenzeichen von WERTPAPIER. Wir möchten Sie auch in Zukunft nicht nur über aktuelle Anlagechancen, sondern konkret über Ihre Rechte als Anleger informieren. Die Zusammenarbeit mit der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz ist einer der Eckpfeiler für unsere unabhängige, qualifizierte Meinung. Denn nur wer seiner Bank oder seinem Vermögensverwalter klare Ziele vorgeben kann, sorgt dafür, dass nicht nur die Bank aus Ihrem Kapital Geld macht.



Dr. Christian Fälschle,
WERTPAPIER-Chefredakteur

Die DSW informiert in der Zeitschrift Wertpapier



Heft 1/2003

Kleine Schritte vorwärts

Seit Frühling 2003 gilt der Corporate Governance Kodex, der die Unternehmen zu mehr Offenheit verpflichtet. Doch bisher haben nur wenige die Karten auf den Tisch gelegt, es dominiert die Geheimniskrämerei. Die gravierenden Folgen: Anleger verabschieden sich vom Kapitalmarkt. Höchste Zeit für eine Wende, meint Ulrich Hocker, Hauptgeschäftsführer der DSW. „Halten die negativen Meinungen im neuen Jahr an, erleidet die junge deutsche Aktienkultur weiteren Schaden.“ ...



Heft 2/2003

Deutsche Telekom – Ende der Verjährungsfrist droht

Am 26. Mai läuft die absolute Verjährungsfrist für eine Prospekthaftungsklage im Zusammenhang mit der dritten Aktientranche der Deutschen Telekom ab. Unklar ist nach wie vor, ob die dem damaligen Verkaufsprospekt zugrundeliegenden Immobilienbewertungen korrekt waren oder nicht. Die Möglichkeit, eine Prospekthaftungsklage im Zusammenhang mit der dritten Tranche der Deutschen Telekom einzureichen, haben alle Aktionäre, die die Papiere aufgrund des Prospektes gezeichnet haben...



Heft 3/2003

DSW stoppt Optionsprogramm

Die BKNI AG hat sich in einem gerichtlichen Vergleich im Rahmen einer Anfechtungsklage der DSW verpflichtet, das Aktienoptionsprogramm des Unternehmens aufzuheben. Die DSW hatte moniert, dass bereits dann eine Ausübungsberechtigung vorgesehen war, wenn sich zwei Jahre nach Ausgabe der Option der Aktienkurs nicht verändert hatte...



Heft 4/2003

Sparkassen auf dem Rückzug

Für die meisten Sparkassenkunden wird es ab diesem Jahr die Möglichkeit der Stimmrechtsübertragung auf die Bank nicht mehr geben. Die wenigsten der Bankkunden haben jedoch aufgrund des hohen Zeitaufwandes die Möglichkeit Hauptversammlungen selbst zu besuchen, und dort ihre Stimmen zu vertreten. So fordert die DSW Sparkassen und Volksbanken auf, aktiv zu kooperieren. „Sie sollen ihre Kunden darauf hinweisen, dass es auch andere, kostenlose Möglichkeiten der Stimmrechtsvertretung gibt. Es kann nicht sein, dass das Feld den Großaktionären überlassen wird“, so DSW-Hauptgeschäftsführer Hocker...

Heft 5/2003

50 Jahre Wertpapier

Schon den Gründungsvätern der DSW war klar, dass eine wirkungsvolle Interessenvertretung ohne eine umfassende Information der Mitglieder nicht funktionieren kann. Bis Ende 1952 erfüllte das „Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz“ diese Aufgabe. 1953 wurde dieses dann durch die Zeitschrift „Das Wertpapier“ ersetzt. Auch dort wird seit nun 50 Jahren für die zentralen Forderungen der DSW gekämpft – die Eigentumssicherung, die Förderung der Aktienkultur und eine privat-anlegerfreundliche Reform des Aktiengesetzes...



Heft 6/2003

DSW-AAA – Argentinien buhlt um Vertrauen ausländischer Investoren

Seit Anfang März sind die Vorgespräche für die Umschuldung angelaufen. Auch die DSW-AAA steht im Dialog mit dem argentinischen Staatssekretär für Finanzen, Guillermo Nielsen. So fand vor kurzem ein Treffen mit DSW-Vizepräsident Arno Morenz und Nielsen in Buenos Aires statt. Morenz unterstrich die Bedeutung einiger Passagen der Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfond für private Gläubiger. Im April oder Mai werden Vertreter der argentinischen Administration erneut nach Deutschland kommen und die Gespräche mit der DSW-AAA fortsetzen...



Heft 7/2003

Hauptversammlung – Unbequeme Fragen sind den Unternehmen sicher

„Mehr Transparenz und mehr Effizienz“, unter dieser Überschrift wird die Hauptversammlungssaison 2003 stehen. „Die Sprecher der DSW werden die Unternehmen an ihren Erklärungen messen. Wenn Empfehlungen des Corporate Governance Kodex nicht erfüllt werden, wird sehr direkt nach dem Grund gefragt werden“, fasst DSW-Hauptgeschäftsführer Hocker zusammen...



Heft 8/2003

Hedge Fonds – Geisterfahrer an der Börse

Bislang war die hochspekulative Anlageform Hedge Fond für deutsche Privatanleger nur über das Ausland oder über Hedge-Fonds-Zertifikate zugänglich. Nun will Finanzminister Hans Eichel im Zuge des neuen Investmentgesetzes den Vertrieb von Hedge-Fonds auch hiezulande für Privatanleger zulassen. Damit wird die EU-Investmentförderungsrichtlinie zum 1. Januar 2004 umgesetzt. (...) DSW-Hauptgeschäftsführer Hocker begrüßt diesen Schritt, sieht allerdings die Wertpapierleihe kritisch „Verlierer bei diesem Spiel sind die Fondsanleger und die Aktionäre des Unternehmens, das ins Visier des Hedge-Fonds geraten ist.“ ...





Heft 9/2003

Sonderaktion der Schutzvereinigung – Neue Chance für die Telekom-Aktionäre

Am 26. Mai läuft die Verjährungsfrist für eine Prospekthaftungsklage ab. Die DSW hat eine Strategie ausgearbeitet, mit der Anleger diese Frist um mindestens sechs Monate verlängern können. Die Lösung heißt: Einleitung eines Schlichtungsverfahrens bei der Öffentlichen Rechtsauskunfts- und Schlichtungsstelle der Stadt Hamburg (ÖRA). „Das ist die einzige Chance für Anleger, sich die Ansprüche auf ihr Geld zu erhalten, ohne eine kostspielige Klage einzureichen“, erklärt DSW-Rechtsexperte Marc Tüngler...



Heft 10/2003

Geld zurück für Comroad-Aktionäre

Einige Aktionäre der skandalträchtigen Comroad AG erhalten tatsächlich ihr Geld zurück, durch einen Vergleich vor dem Landgericht Frankfurt. Als einzige hatte sich Daniela Bergdolt, DSW-Landesgeschäftsführerin in Bayern, nicht von einer Prospekthaftungsklage abbringen lassen. Weiter verfolgen will die Münchener Anwältin eine Klage gegen Comroad und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG...



Heft 11/2003

Argentinien-Anleihen – Initiative von DSW und europäischen Banken

Die DSW und führende europäische Banken haben mit der ABRA (Argentine Bond Restructuring Agency PLC) eine gemeinsame Initiative für die privaten Inhaber von Argentinien-Anleihen gestartet. Die Interessen der Anleger werden dabei in einer Gesellschaft zusammengeführt, die sich aktiv an den Umschuldungsverhandlungen mit Argentinien beteiligen wird. „Wir wollen den europäischen Privatanlegern in diesem Prozess eine kraftvolle Stimme geben“, fasst DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker zusammen...



Heft 12/2003

Squeeze-Out – Endgültiger Rausschmiss

Seit dem 1. Januar 2002 gibt es für Großaktionäre die Möglichkeit, freie Aktionäre mit einem Squeeze-Out aus dem Unternehmen heraus zu drängen. Die Voraussetzung: Der Großaktionär muss 95 Prozent oder mehr des Unternehmens besitzen. Die freien Aktionäre können die Höhe des Angebots mit einem Spruchverfahren gerichtlich überprüfen lassen, ablehnen können sie es nicht. „Die gerichtlich überprüfbare Abfindung ist oft höher als das Übernahmeangebot. Die Gerichte bewerten die AGs im Spruchverfahren entweder nach der Ertragswertmethode, oder sie orientieren sich am Aktienkurs der vergangenen drei Monate vor der letzten HV“, so DSW-Experte Carsten Heise...



Heft 13/2003

Sammelklagen – Deutsche Anleger gemeinsam vor Gericht

Wenn Anleger sich von Unternehmen betrogen fühlen und juristische Schritte überdenken, wird häufig von einer Sammelklage gesprochen. Generell steckt dahinter der Wunsch, mit anderen Anlegern gemeinsam gegen Fehler des Managements vorzugehen und so Kosten zu sparen. Dies ist im deutschen Recht so nicht vorgesehen, was sich jedoch bald ändern könnte. Die Bundesregierung plant die Einführung einer Musterklage, der sich nach Pflichtveröffentlichung der Gerichtszulassung auch andere Anleger anschließen können. Vorteil: Das Kostenrisiko sinkt rapide...

Heft 14/2003

Prospekthaftung – Telekomaktionäre scheitern an überlasteten Faxgeräten

Hunderte Anleger, die Aktien aus der dritten Tranche der Telekom gezeichnet hatten, wollten kurz vor Toresschluss noch ein Güteverfahren bei der ÖRA (Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle) in Hamburg starten. Ziel des Verfahrens: Die Verlängerung der Verjährungsfrist um mindestens sechs Monate. In der Woche vor Fristablauf liefen auch bei der Schutzvereinigung Faxe und Telefone heiß. Immerhin gab es noch eine realistische Chance auf Erfolg. Bei der ÖRA hingegen war ein Durchkommen nahezu unmöglich...



Heft 15/2003

Hauptversammlungssaison 2003 – Reden ist Gold

Ein Highlight aus der Sicht der Schutzvereinigung war die Hauptversammlung der Lufthansa AG „Die DSW hat es erstmals geschafft, die Nichtentlastung eines Aufsichtsratsmitgliedes aufgrund des Votums der freien Aktionäre durchzusetzen“, freut sich DSW-Chef Ulrich Hocker. Ebenfalls thematisiert wurden der Corporate Governance Kodex und die von den Unternehmen erstmals abzugebenden Entsprechenserklärungen. Hierin müssen die Gesellschaften Gründe angeben, wenn sie eine Empfehlung des Kodex nicht umsetzen...



Heft 16/2003

Anlagebetrug – Die Bank gewinnt ... nicht immer

Oft wurden die Anleger in Zeiten steigender Aktienkurse von der Euphorie an den Börsen mitgerissen. Jetzt sitzen viele Bankkunden auf gewaltigen Verlusten. Der Vorwurf an die Kreditinstitute lautet regelmäßig: Warum wurde ich nicht frühzeitig gewarnt? (...) „Wer meint, seine Bank hätte falsch gehandelt, kann sich ohne Probleme an einen Ombudsmann wenden“, sagt DSW-Experte Carsten Heise. Besonderer Clou dabei: Solange das Verfahren läuft, verjähren die Ansprüche nicht...



Heft 17/2003

Depotgebühren – Sparkassen auf Abwegen

Viele Sparkassen konfrontieren ihre Kunden, die sich gegen erhobene Gebühren für die Gesamtübertragung ihres Depots wehren, mit einer überraschenden Argumentation: Eine Herausgabepflicht gelte nur für effektive Stücke, nicht aber für heute übliche Globalurkunden. Es liegt jedoch ein Urteil des OLG Nürnberg vor, welches besagt, dass die Gesamtübertragung kostenlos sein muss. Der Fall liegt nun beim Bundesgerichtshof (BGH). Die DSW fordert die Banken auf, sich bis zu einem BGH-Urteil nicht auf die Verjährung zu berufen. Falls die Bank sich weigert, können Mitglieder der Schutzvereinigung über die DSW ein Schlichtungsverfahren einleiten...



Heft 18/2003

Spruchverfahren – Verbesserung mit Tücken

Seit September wird mit einem neuen Spruchverfahrensgesetz der deutschen Regelungswut zu Leibe gerückt. Die Verfahren sollen kürzer und durchschaubarer werden. „Spruchverfahren führen immer wieder zu erhöhten Zahlungen an Privatanleger“, erklärt DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker. Wermutstropfen dabei: Wartezeiten von mehr als zehn Jahren sind keine Seltenheit. Ein weiterer Pferdefuß: „Spruchverfahren können für die freien Aktionäre riskanter und deutlich teurer werden“, warnt DSW-Geschäftsführer Carsten Heise...





Heft 19/2003

Harte Regeln für holländische Vorstände

Keinen Grund zur Freude haben die Manager und Aufsichtsräte holländischer Aktiengesellschaften. Ihre Rechte sollen ab dem 1. Januar 2004 beschnitten werden. Im Gegenzug steigen die Möglichkeiten der Aktionäre mitzuentcheiden. Das zumindest sehen die kürzlich dem Parlament präsentierten Empfehlungen vor, die ein Expertenteam unter Leitung des ehemaligen Unilever-Chefs, Morris Tabaksblat, erarbeitet hat. Ziel ist es, das Vertrauen der Anleger in die Aktie als Geldanlageform zu stärken...



Heft 20/2003

Euroshareholders – Einigkeit macht stark

Auf der diesjährigen Euroshareholders-Mitgliederversammlung wurde ein neues Board gewählt. Neuer Präsident ist der Schwede Lars Milberg. Der erfahrene schwedische Aktionärsschützer folgt dem DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker. Hocker wurde zum Ehren-Präsidenten ernannt. Die DSW wird im Führungsgremium zukünftig von Jella Benner-Heinacher vertreten, die zur Vize-Präsidentin gewählt wurde...



Heft 21/2003

Fondsverkauf – Mehr Hoffnung für Anleger

Anlageberater, die Fondsanteile verkaufen, müssen künftig besonderen Wert auf die Übergabe des Anlageprospektes legen. Können sie dies nicht beweisen, haben sie nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm im Streitfall schlechte Karten. Für DSW-Experte Carsten Heise ist diese Entscheidung nur konsequent. „Informationen sind Grundlage einer guten Anlagebetreuung. Das Gespräch allein reicht dabei nicht aus“, erläutert Heise...



Heft 22/2003

Nichtentlastung – Vertrauensverlust muss Folgen haben

Die Nichtentlastung hat hierzulande keinerlei rechtliche Auswirkungen. Obwohl sie einem Vertrauensentzug durch die Besitzer des Unternehmens entspricht. „Hier besteht Handlungsbedarf. Die Nichtentlastung muss künftig eine Rechtfolge haben“, meint DSW-Chef Hocker. Der DSW Maßnahmenkatalog sieht vor, dass für Aufsichtsratsmitglieder, die in den zurückliegenden fünf Jahren nicht entlastet wurden, hervorgehobene Ämter wie Vorsitz oder Mitgliedschaft in einem Ausschuss tabu sein müssen...

Heft 23/2003

Julius Bär – Geld zurück für Fondsanleger

Die Julius Bär Kapitalanlage AG muss zahlen. Zwei Anleger hatten geklagt und bekamen vom Frankfurter Landgericht jetzt 3,7 Millionen Euro Schadensersatz zugesprochen. „Damit hat das Gericht unsere Auffassung voll bestätigt“, freut sich der hessische DSW-Landesgeschäftsführer, Rechtsanwalt Klaus Nieding, der das Urteil erstritt. Die Kläger hatten in den „Creativ Fonds“ der Schweizer Investmentgesellschaft investiert und damit mehr als 90 Prozent des eingesetzten Kapitals verloren...



Heft 24/2003

Fehlerhafte Anlageberatung – In die Verjährungsfalle getappt

Gedruckten Informationen kann man leider nicht uneingeschränkt glauben. So war in verschiedenen Zeitungen zum Thema Schadensersatzforderungen nachzulesen, dass „Ansprüche der im Börsen-Boom falsch beratenen Anleger Ende 2003 verjähren“. Die DSW hält dies für falsch. Laut §37a WpHG verjähren Ansprüche aus fehlerhafter Wertpapierdienstleistung innerhalb von drei Jahren, und das seit Anspruchentstehung. Somit gibt es keinen generellen Stichtag. Jeder Betroffene muss eine individuelle Frist beachten...



Heft 25/2003

Gold-Zack – Stärkere Position durch Bündelung

55,7 Millionen Euro haben Inhaber von Wandelschuldverschreibungen des insolventen Beteiligungsunternehmens Gold-Zack gezeichnet. Zu ihrem gemeinsamen Vertreter hat das Landgericht Wuppertal nun Rechtsanwalt Klaus Nieding, DSW-Landesgeschäftsführer in Frankfurt, berufen. Seine ausschließliche Aufgabe: Die Rechte dieser Gläubigergruppe im Insolvenzverfahren wahrzunehmen und durchzusetzen. Per 27. November wird Nieding zudem in den Gläubigerausschuss der Gold-Zack i.I. einziehen...



Heft 26/2003

DSW-Studie – Verdienen Vorstände, was sie verdienen?

Die Höhe der Managergehälter wird in Deutschland heftig diskutiert. Die DSW hat bei den großen Aktiengesellschaften ganz genau hingesehen. „Im Durchschnitt zahlen die großen Unternehmen pro Vorstandsmitglied rund 1,25 Millionen Euro“, erläutert DSW-Expertin Christiane Hölz. Mit Abstand das höchste Einkommen verbuchten hierzulande die Chefs der DaimlerChrysler AG mit 3,7 Millionen Euro durchschnittlich pro Vorstand. Schlusslicht war – wie schon im letzten Jahr – Infineon. Die Vorstände verdienten im Schnitt 278 261 Euro. Wieviel Manager tatsächlich verdienen dürfen ist strittig. „Klar ist: steigende Vergütung bei sinkenden Gewinnen oder gar bei Verlusten ist nicht zu rechtfertigen“, sagt DSW-Hauptgeschäftsführer Ulrich Hocker...



Aufsichtsratsmandate per 31.12.2003

AGROB	A.S. Creation	Brau und Brunnen
CBB Holding	Degussa	E.ON
Feri Finance	Gildemeister	K & S
KarstadtQuelle	Linde	Lufthansa
MAN Roland	Oberlandglas	Salzgitter
Spobag	ThyssenKrupp Steel	TUI
VW	WCM Beteiligungs- und Grundbesitz	

Weitere Mitgliedschaften

- Beiräte in den Regionalbörsen Düsseldorf, Bremen, Berlin, Hannover und Stuttgart
- Freiverkehrsausschuss der Börse Stuttgart
- Übernahmekommission der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
- Börsensachverständigenkommission
- Regierungskommission Corporate Governance
- European Corporate Governance Service (ECGS)
- International Corporate Governance Network (ICGN)
- Gesprächskreis Corporate Governance beim Justizministerium NRW
- Euroshareholders
- World Federation of Investors Corporation (WFIC)
- IAM-Beirat (Internationale Anlegermesse)
- Primary Market Advisory Committee (PIRC)
- Argentine Bond Restructuring Agency PLC (ABRA)
- DSW-Arbeitsgemeinschaft Argentinien-Anleihen (DSW-AAA)
- International Group of Rome for Argentina Bondholders (IGOR)
- International Steering Committee of Argentina Creditors (ISC)

Präsidium

- **Dr. Otto Graf Lambsdorff** **Ehrenpräsident**
Bundesminister a.D., Bonn
- **Roland Oetker** **Präsident**
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- **Dr. Arno Morenz** **Vize-Präsident**
Independent Director, Fidelity Funds, Luxemburg
- **Dr. Jens Odewald** **Vize-Präsident**
Vorsitzender des Verwaltungsrates
der Odewald & Compagnie, Berlin
- **Prof. Dr. Theodor Baums**
Institut für Arbeits-, Wirtschafts- und Zivilrecht, Abteilung Bankrecht
an der Johann Wolfgang von Goethe Universität, Frankfurt
- **Dr. Klaus Kessler**
Rechtsanwalt, Stuttgart
- **Prof. Dr. Gerd Krieger**
Rechtsanwalt, Düsseldorf
- **Hans Peter Schreib**
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Kuratorium

- Prof. Dr. Alexander Bassen
HWP-Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik,
Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
Schwerpunkt Finanzierung/Investitionen, Hamburg
- Dr. Holger Berndt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin
- Hero Brahms
Vorstandsmitglied der Linde AG, Wiesbaden
- Dr. Edgar Ernst
Vorstandsmitglied der Deutsche Post AG, Bonn
- Lutz Gebser
Vorstand der Gebser & Partner AG, Frankfurt
- Michael Glos
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im deutschen Bundestag, Berlin
- Dr. Markus Guthoff
Vorstandsmitglied der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf

- Herbert K. Haas
Vorstandsmitglied des HDI Haftpflichtverband
der deutschen Industrie V.a.G., Hannover
- Dr. Reinhold Heibel
Geschäftsführer der Aurelis Management GmbH, Frankfurt
- Dr. Thilo Köpfler
Aufsichtsratsmitglied der DePfa-Bank,
Deutsche Pfandbrief- und Hypothekenbank AG, Wiesbaden
- Prof. Dr. H.-Michael Korth
Wirtschaftsprüfer & Steuerberater, Kanzlei Gensch, Korth & Coll., Hannover
- Prof. Dr. Norbert Loos
Geschäftsführender Gesellschafter der BW-Kapitalbeteiligungs GmbH, Stuttgart
- Prof. Dr. Ulrich Noack
Professor am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht
und Wirtschaftsrecht an der Universität Düsseldorf
- Alison Powell
Investment Director, Scottish Windows Investment Partnership Ltd., London
- Dr. Günter Rexrodt
MdB, Bundeswirtschaftsminister a.D., Berlin
- Helmut Ruwisch
Vorstandsvorsitzender der Indus Holding AG, Bergisch Gladbach
- Willi Schalk
Berater, Düsseldorf
- Jacinto Soler Padro
Rechtsanwalt & Wirtschaftsprüfer, Barcelona
- Dr. Thomas Steinemann
Chief Investment Officer der Vontobel Asset Management AG, Zürich
- Christian Strenger
Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Gesellschaft
für Wertpapiersparen mbH (DWS), Frankfurt
- Horst Thaler
Ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes der FPB Holding AG, Düsseldorf
- Dr. Eckhard John von Freyend
Vorstandsvorsitzender der IVG Holding AG, Bonn
- Hendrik von Pupka
Kaufmännischer Leiter des Heinrich Bauer Verlages, Hamburg
- Dr. Christian Will
Rechtsanwalt, Krefeld
- Prof. Dr. Christine Windbichler
Professorin am Lehrstuhl für Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Zentrale

Hamborner Straße 53
40472 Düsseldorf

Postfach 35 01 63
40443 Düsseldorf

Tel.: +49(0)211-6697-02
Fax: +49(0)211-6697-60

E-Mail: dsw@dsw-info.de

- **Ulrich Hocker**Hauptgeschäftsführer
Rechtsanwalt
- **Jella Benner-Heinacher**Geschäftsführerin
Rechtsanwältin
- **Carsten Heise**Geschäftsführer
Rechtsanwalt

Hauptsitz

Geschäftsführung

Landesverbände/Landesgeschäftsführungen

Rechtsanwalt Dr. Peter Maser
Löffelstraße 42
70597 Stuttgart
Tel.: +49(0)711-66962-0
Fax: +49(0)711-66962-62
E-Mail: peter.maser@s.shp.gruppe.de



Baden-Württemberg

Rechtsanwältin Daniela Bergdolt
Franz-Joseph-Straße 9
80801 München
Tel.: +49(0)89-386654-30
Fax: +49(0)89-386654-59
E-Mail: rae.bergdolt@gmx.de



Bayern

Rechtsanwalt
Dr. Malte Diesselhorst
Kurfürstendamm 217
10719 Berlin
Tel.: +49(0)30-88023-0
Fax: +49(0)30-8821108
E-Mail: mdiesselhorst@t-online.de



Berlin

Rechtsanwältin Imke Nölle
Schlachte 3 / 5
28195 Bremen
Tel.: +49(0)421-36505-0
Fax: +49(0)421-36505-60
E-Mail: inoelle@einem.de



Bremen

Hamburg/Schleswig-Holstein

Rechtsanwalt Dr. Dirk Unrau
Deliusstr. 16
24114 Kiel
Tel.: +49(0)431-6701-0
Fax: +49(0)431-6701-599
E-Mail: recht@koch-partner.de



Hessen/Rheinland-Pfalz/ Saarland

Rechtsanwalt Klaus Nieding
Solmstrasse 25
60486 Frankfurt
Tel.: +49(0)69-238538-0
Fax: +49(0)69-238538-10
E-Mail: k_nieding@niedingbarth.de



Niedersachsen

Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Krafczyk
Callinstr. 43
30167 Hannover
Tel.: +49(0)511-12171-0
Fax: +49(0)511-12171-21
E-Mail: Info@krafczyk.de



Nordrhein-Westfalen

Rechtsanwalt Thomas Hechtfisher
Tel.: +49(0)211-6697-18
Fax: +49(0)211-6697-70
E-Mail: thr@dsw-info.de



Rechtsanwalt Marc Tüngler
Tel.: +49(0)211-6697-33
Fax: +49(0)211-6697-90
E-Mail: mt@dsw-info.de
Postfach 35 01 63
40443 Düsseldorf

Impressum

Herausgeber:

DSW
Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Anschrift:
Hamborner Straße 53
40472 Düsseldorf

Postfach 350 163
40443 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 66 97 02
Fax: 0211 / 66 97 60
E-Mail: dsw@dsw-info.de
Internet: www.dsw-info.de

Verantwortlich:

Jürgen Kurz
Pressesprecher DSW

Mitarbeit:

Christina Kießling

Layout/Grafik:

Diana Siebert
Grafik-Design
Kaiserstraße 105
42477 Radevormwald

Druck:

Druckhaus Arns
Ludwigstraße 39
42801 Remscheid

